PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

PERIPHERIE soll

- die überfällige Debatte um das Verhältnis der westdeutschen Linken zur Dritten Welt neu beleben
- Solidarität durch Vermittlung von Informationen, Materialien und Analysen über Alltagskämpfe und soziale Emanzipationsbewegungen festigen
- die Ergebnisse und Schwierigkeiten siegreicher Befreiungsbewegungen untersuchen
- die Veränderungsprozesse des Kapitalismus in der Peripherie aufarbeiten
- die internationale entwicklungstheoretische Diskussion aufnehmen
- Texte von Teilnehmern der sozialen Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt zugänglich machen

Nummer 1
Staat und Kapitalismus in Südafrika
Das Scheitern der Unidad Popular
Nationalcharakter und Revolution: Kampuchea und Vietnam
Oktoberrevolution und nichtkapitalistischer Weg

Nummer 2
Reproduktion der Arbeitskraft und städtische Bewegungen (Sao Paulo)
Bäuerliche Wirtschaft und Kapitalismus in Peru
Kampf um die Volksmacht
Reflexionen zu Indochina

In jedem Heft: Diskussionsartikel, Rezensionen, Neuerscheinungen. Resümees in Englisch, Französisch, Spanisch

Die Redaktion lädt zur Mitarbeit an der Gestaltung der Zeitschrift ein.

Vierteljahreszeitschrift
Einzelheft: DM 6,– (Probeheft DM 4,–)
Abonnement: Einzelpersonen 24,–/ Förderabo/Institutionen DM 40,–

Redaktion:
Postfach 8426
4400 Münster
Tel.: 0251/26091
Tel.: 030/316951
Donnerstag 16 - 20 Uhr

Bezug:
C o n
Osterstr. 36
2800 Bremen

NEUERSCHEINUNG

BOLIVIEN:

Jürgen Lieser

"Unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht"

Zur Geschichte und Gegenwart wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Unterdrückung in Bolivien

ca. 4oo Seiten; ab Ende Oktober lieferbar; Bestellungen an: ila, Römerstr. 88, 53 Bonn

Preis: 12 DM

Herausgeber: Bolivienhilfe des BDKJ Trier
Informationsstelle Lateinamerika Bonn

Eine historisch politische Länderstudie über die Ursachen und Merkmale der »Unterentwicklung« in Bolivien mit einer Einführung in die entwicklungstheoretische Diskussion

Stefanie Spessart

Garant oder Gegner? Militärregierung und städtische Marginalität in Lima, Peru, 1968-1975: Vier Fallstudien

Heft 53

Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen

Herausgegeben von Prof. Dr. Diether Breitenbach

Verlag **breitenbach**
Memeler Straße 50, 6600 Saarbrücken
ISBN 3-88156-149-8

Anfragen wegen Autorenexemplaren an:
Stefanie Spessart
Forststr. 45, 1000 Berlin 41
Tel. 792 86 44

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 87

8. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West) **November 1980** **Solidaritätspreis DM 3,-**

WAFFEN FÜR EL SALVADOR

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

USA: Zur Reagan-Wahl — **JAMAIKA:** Manleys Niederlage — **CHILE:** Figueiredobesuch — **BRASILIEN:** Belegschaftsvertretung bei VW — **PERU:** APRA und die SPD — **KUBA:** Das Wirken des CIA — **BOLIVIEN:** Hungerstreik im Konsulat

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT Waffen für El Salvador 3
I. BERICHTE 6
— BRD — EL SALVADOR: Kirche kann nicht neutral sein 6
— USA: Reagan — der Vietnamkrieg, eine noble Sache 11
— JAMAIKA: PNP verliert Wahl 14
— CHILE: Eitel Sonnenschein 20
Erklärung der CUT 23
Diktatur und Erziehungswesen 24
— PERU: Sozialdemokratischer Michel in Peru 28
— KUBA: Methoden des CIA 31
— BOLIVIEN: Forderungen an die Bundesregierung 38
— KOLUMBIEN: Kampagne gegen Amnestie 41
— HAITI: Baby Doc schlägt um sich 43
HINTERGRUND 44
— BRASILIEN: Belegschaftsvertretung bei VW 44
— MEXIKO: Multis überfluten das Land 53
SOLIDARITÄT 58
— Buko beschließt Pharmakampagne 58
— Russeltribunal 59
MITTEILUNGEN 60
Rezension: Befreiung zur Gesundheit 60
CANYON 62

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 8 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 5.11..1980

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Bibliotheken und Institutionen im Bundesgebiet über:
con Medien- und Vertriebsgesellschaft,
Postfach 106545,
Osterstr. 36, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

ZU DIESEM HEFT

Waffen für El Salvador!

Nach gründlicher Diskussion hat sich die Redaktion der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN entschlossen, den folgenden Aufruf der "TAGESZEITUNG" vom 3. November 1980 direkt an dieser Stelle abzudrucken. Wir konnten uns um so leichter dazu entschließen, weil dieser Aufruf nicht von einem Prinzip des bewaffneten Kampfes als der Befreiungsstrategie für Lateinamerika oder die ganze Dritte Welt ausgeht, sondern von der konkreten Not der Bevölkerung in El Salvador, von der Notwendigkeit, sich gegen die Waffengewalt der Unterdrücker durchzusetzen.

Es mag Leser geben, die in diesem Aufruf einen Aufruf zur Gewalt sehen und aus diesem Grund nicht spenden mögen. Wir sind der Auffassung, daß diese Argumentation nur noch für Leute möglich ist, die nicht zur Kenntnis genommen haben oder nicht wissen wollen, was in El Salvador wirklich passiert. Es handelt sich dort, wie man aus allen unseren Berichten in den letzten Monaten ablesen kann, um den verzweifelten Widerstand eines ganzen Volkes gegen gewalttätige Unterdrücker. Selbst die Sozialdemokraten haben Skrupel dieser Art nie gehabt. Sie haben die Sandinisten in Nicaragua unterstützt, obwohl sie sich kurz zuvor auf eine Definition von Terrorismus eingelassen hatten, unter die auch die Sandinisten hätten fallen müssen. Und sie unterstützen auch (zumindest noch) die Demokratische Revolutionäre Front in El Salvador. Soll man sich von ihnen links überholen lassen?

Als der Aufruf in der TAGESZEITUNG erschien, war der neue Präsident der USA noch nicht gewählt. Heute, wo wir wissen, daß Ronald Reagan die Wahl gewonnen hat, ist nach allem, was man über seine und die Absichten seiner Berater und Freunde weiß (siehe dazu den Artikel in diesem Heft), die Gefahr einer militärischen Intervention der USA in El Salvador noch viel größer geworden. In den USA sind die Aufrufe zur Gewalt längst übergegangen in die aktive Planung von Gewalt gegen das Volk von El Salvador. Umso dringlicher ist es den folgenden Aufruf nicht nur zu lesen, sondern auch zu befolgen. Hier ist er:

Der Krieg in El Salvador ist in eine neue Phase getreten. Die Militärregierung, unterstützt von den USA, Guatemala und Honduras, hat mit ihren Truppen und den von den USA bezahlten, ausgerüsteten und befehligten Söldnerkommandos eine großangelegte militärische Offensive zur Ausrottung der Opposition eingeleitet.

Auf diese Offensive sind die Chancen der Regierungsjunta und sogar des gesamten oligarchischen Herrschaftssystems zusammengeschrumpft, an der Macht zu bleiben.

Doch dadurch ist auch die Opposition gezwungen, alle ihre Kräfte jetzt aufbringen zu müssen, um die Chance für einen grundlegenden politischen und sozialen Wandel in El Salvador zu erhalten.

Die Opposition wird von allen politischen Strömungen gebildet, die nicht direkt an den militärischen Machtapparat oder an die Interessen der Oligarchie gebunden sind. Die in der Demokratischen Re-

volutionären Front (FDR - Frente Democrático Revolucionario) zusammengeschlossenen Kräfte, die von den noch ein Jahr zuvor an der Regierung beteiligten Christdemokraten über Sozialdemokraten, Kirchenleute bis hin zu revolutionären Volksorganisationen der Landarbeiter reichen, haben sich in einem langen Prozeß der Auseinandersetzung und Vereinheitlichung auf das Programm einer Demokratischen Revolutionären Regierung geeinigt und eine Gegenregierung gebildet.

Spätestens seit dem Zusammenschluß der schon seit Monaten unter gemeinsamem Oberkommando operierenden Guerrilla-Organisationen zur einheitlichen Befreiungsarmee FFMLN (Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional) hat sich die Opposition eine politsch-militärische Organisation geschaffen, die mit breitester Unterstützung aus der Bevölkerung rechnen kann, vor allem aber der Landarbeiter und der Bewohner städtischer Elendsviertel.

Im Nicaragua war gerade dies die entscheidende politische Voraussetzung dafür, ein von den USA im eigenen Hinterhofetabliertes Militärregime zerschlagen zu können, wie jetzt in El Salvador: die Gleichzeitigkeit von militärischem Kampf und politscher Mobilisierung, wobei die Befreiungsarmee schlagartig eine allgemeine Volkserhebung in einen organisierten Volkskrieg überführen kann. Um dieser Strategie zuvorzukommen, ist die Militärjunta jetzt in die Offensive gegangen.

Dennoch ist die Guerrilla militärisch nicht stark genug, den Kampf bestehen zu können. Was das Entscheidende ist: es fehlt ihr an Waffen, um eine Bevölkerung, die nur noch im bewaffneten Aufstand ihre Überlebenschance sieht, zu bewaffnen. Die Großoffensive der Regierungstruppen seit Anfang Oktober und die massive Intervention der USA sollen die Widerstandskräfte zerschlagen. Das heißt aber heute in El Salvador: einen Vökermord am eigenen Volk zu begehen. So hat das Militär, um die Guerrilla zu zerschlagen, damit begonnen, die Landbevölkerung auszurotten. In der gegenwärtig militärisch eingeschlossenen Provinz Morazán fielen mindestens 3 000 Bauern dem Bombardement zum Opfer und etwa 70 000 Menschen befinden sich auf der Flucht, obwohl es in diesem kleinen Land längst keine Zuflucht mehr gibt. Das Vorgehen der salvadorianischen Militärs zeigt die Handschrift seiner US-Berater. Es ist die Handschrift des Vietnamkrieges, des "Phönix-Programms": wo die Guerrilla starken Rückhalt in der Bevölkerung hat, gibt es keine Zivilbevölkerung mehr - es darf auf alles geschossen werden, was sich bewegt ... Diesen Vernichtungskrieg wird das Volk El Salvadors nur überstehen können, wenn es siegt. Ein anderer Friede ist nicht möglich - er würde bedeuten, die ganze Bevölkerung schutzlos einem Regime auszuliefern, das nicht zögert, Hunderttausende zu ermorden, um seine Herrschaft auf Jahrzehnte zu sichern, wie ein hoher Heeresoffizier ankündigte. Dies ist nicht etwa nur eine Rechtfertigung von seiten der Guerrilla, es ist der einhellige und erklärte Standpunkt der Kirche, der Menschenrechtskommission, der Sozialdemokraten, der Christsozialen El Salvadors.

"Sieg oder Tod"... diese Parole ist in El Salvador blutiger Ernst. Zum Sieg aber bedarf es der Waffen. Wir fordern Euch auf, der nordamerikanischen Intervention entgegenzutreten und das Volk von El Salvador nicht waffenlos seiner Vernichtung zu überlassen! (...)

Wenn wir nach langer und kontroverser Diskussion diesen Aufruf an Euch richten, so ist uns die politische Problematik bewußt. Die Entwicklung, die Widersprüche, auch das Scheitern oder die Perversion von Befreiungsbewegungen und Revolutionen, die in den letzten Jahrzehnten unsere Solidarität gefordert haben, muß die Linke sehr kritisch diskutieren. Aber: wer in Deutschland im Warmen sitzt und

sagt: "Wer gibt mir die Garantie, daß diese salvadorianische Revolution nicht ebenso im bürokratischen Sozialismus oder in weiterem Blutvergießen endet wie andere zuvor?", muß sich den Vorwurf gefallen lassen, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung zu mißachten - und zwar auch auf Selbstbestimmung über den Charakter der Revolution und auch die Bewältigung der Widersprüche in jeder Revolution.

Die Solidaritätskomitees haben mit ihren Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Aktionen, Besetzungen darum gekämpft, die Öffentlichkeit zu informieren und zu mobilisieren. Auch sie stehen vor der Notwendigkeit, selbstverständlich weiterhin die Unmenschlichkeit der Lebensverhältnisse, die ständige Verletzung der Menschenrechte darzustellen und humanitäre Unterstützung zu mobilisieren, andererseits aber nicht dabei stehenzubleiben. Sie müssen die politische Alternative, die revolutionäre Umwälzung, benennen und unterstützen - und der einzige Weg dahin ist in El Salvador der bewaffnete Kampf.

Spendet für das Überleben und den Sieg eines Volkes!

Postscheckkonto Berlin/West 288 59-107 Bankleitzahl 100 100 10

Freunde der alternativen Tageszeitung e.V. 1000 Berlin-65; Sonderkonto

Wir garantieren dafür, daß das Geld **direkt** an die FFMLN (Frente Farabundo Marti de Liberación Nacional) in EL Salvador weitergeleitet wird.

Die Mehrheit in der Tageszeitung

REVOLUTION ODER TOD
Dies steht mit Blut geschrieben an einer Kirchenwand

BRD—EL SALVADOR

Warum die Kirche nicht neutral sein kann

In der letzten Nummer der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN berichteten wir davon, daß über 1oo Mitglieder von El Salvador-Solidaritätsgruppen aus der BRD und Westberlin, darunter zahlreiche Mitglieder von Studentengemeinden sowie katholische und evangelische Geistliche, am 26.9.8o im Kölner Dom um Asyl nachgesucht haben. Stellvertretend für das salvadorenische Volk sollte mit dieser Aktion erreicht werden, daß sich die katholische Bischofskonferenz bei der Bundesregierung für einen völligen Abbruch der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zur Militärjunta in El Salvador einsetzt.

Helmut Gollwitzer zeigt an diesem und an einem anderen Beispiel auf, wie bestimmte Strömungen innerhalb unserer katholischen und evangelischen Kirche bestehen, die sich so sehr an die herrschende Meinung halten, daß sie kritischen Christen verbieten, in ihrer Kirche die Stimme zu erheben, um in friedlicher Form öffentlich der anderen Meinung Gehör zu verschaffen. Im Folgenden sein Kommentar für den WDR vom 29.9.198o:

Jesus Christus kam in den Dom

Im Kölner Dom ist in diesen Tagen Außerordentliches geschehen. Jesus Christus kam in den Dom. Er wollte Kardinal Höffner bitten, die Deutsche Bischofskonferenz solle für das arme Volk von El Salvador ihre Stimme erheben. Denn das Entsetzen, das uns jetzt durch den Mord in München erschüttert, ist in Salvador grauenvoller Alltag. Jesus kam nicht bis zum Herrn Kardinal. Aber der Herr Generalvikar Feldhoff kam und war bereit, mit dem Herrn Jesus in der Stille zu beten. Als Jesus sich damit aber nicht begnügen wollte, sondern auf seine Bitte an die Bischofskonferenz um eine laute öffentliche Solidarisierung mit dem Volk von Salvador bestand, sagte der Herr Generalvikar zu ihm:'Ich laß mich von Ihnen doch nicht unter Druck setzen!' und ließ den Herrn Jesus mit einer Hundertschaft Polizei gewaltsam aus dem Dom hinausschleppen. Zwar wird der Herr Generalvikar sagen, Herr Jesus sei gar nicht dagewesen: es war nur eine Gruppe von Priestern und Studenten in den Dom eingedrungen, aber er weiß ja aus dem Neuen Testament: Jesus kommt heute in vielerlei Verkleidungen, z.B. hier in Gestalt derer, die für das gequälte Volk von El Salvador und Guatemala um Solidarität bitten, und er sagt zu den Kirchenleuten, die ihn abweisen: Was ihr nicht getan habt einem unter den geringsten meiner Brüder, das habt ihr mir nicht getan."-Hat man in Köln den Dom gegen Jesus verteidigt, so verteidigt der Präsident der Nordelbischen Evangelischen Kirche die Kirchensteuern gegen Jesus. Vor 1 1/2 Jahren, nach der Beinahe-Katastrophe von Harrisburg, wurde die St. Petri-Kirche in Hamburg von 2oo Leuten, darunter auch zehn Pastoren, besetzt, um die Kirchenleitung

zu einem deutlichen Wort gegen die Atomgefahren zu veranlassen. Die Besetzung dauerte vierzehn Tage und verlief friedlich. Aber einige damit nicht einverstandene Gemeindemitglieder traten deshalb aus der Kirche aus. Jetzt fordert der Kirchenpräsident von den beteiligten Pastoren die Kirchensteuern ein, die die Kirche durch diese Austritte verloren hat. Das bedeutet die Anweisung an jeden Pfarrer: Entscheidend ist für die Kirche nicht Gottes Wort, sondern das Geld, und du hast so zu predigen, daß es niemandem wehtut, und daß der Kirche ja kein Pfennig verlorengeht! Man könnte die Rechnung auch umgekehrt machen: Wieviele sind noch nicht aus der Kirche ausgetreten, weil es in ihr noch Pastoren gibt, die gegen Hochrüstung und Atomgefahren auftreten und sich mit gequälten Völkern solidarisieren! Und wer rechnet nach, wieviele Menschen durch das Verhalten solcher Generalvikare und Kirchenpräsidenten schon aus der Kirche hinausgetrieben worden sind?

Anläßlich der Asylsuche im Kölner Dom verfaßte Kuno Füssel einen offenen Brief an Kardinal Höffner und schrieb die folgenden "Bemerkungen zu einem aktuellen Bündnis zwischen Polizei und Prälaten"nieder.

Die Kirchen der Freiheit stehen anderswo

In El Salvador wurde am 24. März 198o Erzbischof Romero am Altar erschossen, weil er schutzlos leben wollte wie sein armes Volk und jede Hilfe von den Mächtigen ablehnte, deren Killer-Trupps seine Gläubigen zu Tausenden erschießen. Sein Tod machte vielen Christen und Nichtchristen auch bei uns den Grad der Verfolgung und Unterdrückung des Volkes in El Salvador schmerzlich bewußt, der seitdem noch zugenommen hat. Mit fassungsloser Betroffenheit mußten wir doch zur Kenntnis nehmen, daß die Deutsche Bischofskonferenz bisher kein einziges tatkräftiges Zeichen der Solidarität mit dem Volk und der Kirche von El Salvador - dem Land des Erlösers - zu setzen gewillt war. Daher entschlossen sich die Mitglieder der El-Salvador-Komitees und auch Lateinamerika-Solidaritätsgruppen, den Hilferuf der verfolgten Kirche El Salvadors durch die Aktion einer symbolischen Asylsuche im Kölner Dom, dem Wahrzeichen des Deutschen Katholizismus, endlich an das Ohr der Bischöfe dringen zu lassen. Doch sie stießen bei der Domleitung auf taube Ohren und zynische Abweisungen. Was am Morgen des 26.9.198o von den Demonstranten friedlich begonnen wurde, beendeten die Domherren mit Hilfe der Polizei gewaltsam. Kein Wort des Verständnisses für die solidarische Aktion war zu hören. Stattdessen üble Beschimpfungen, Verdächtigungen, Beleidigungen und Fußtritte. Der Gipfel des Zynismus aber war die Strafanzeige gegen diejenigen, die mit Gewalt aus der Kirche entfernt wurden, d.h. also die Bestrafung ihrer radikalen Verantwortung des Glaubens.

Der meistgehörte Vorwurf gegen uns war: Warum gerade im Dom, warum bleibt ihr nicht außerhalb? Ist die Antwort darauf wirklich so schwer zu finden? Wird nicht täglich in allen Kirchen der Welt das Gleiche getan was wir taten, wenn die hl. Schriften über das Schicksal der frühen Christen vorgelesen werden? Ist es unverständlich, wenn Christen ihre Fürbitten in der Kirche formulieren wollen und nicht außerhalb? Soll nicht gerade, wenn die Not am größten ist, in der Kirche Gott um Hilfe angerufen werden?

Wenn der Generalvikar von Köln uns vorwarf, den Dom mißbraucht zu haben, dann muß er sich fragen lassen, welch sonderbares Kirchenverständnis er denn eigentlich hat. Hat er vergessen, daß es Aufgabe der Kirche ist, wie Jesus "den Armen die frohe Botschaft zu verkünden, die Unterdrückten zu erheben, zu suchen und zu retten, was

verloren ist?" (Zweites Vatikanisches Konzil, Konstitution "Lumen en Genzium", Nr. 8) oder hat er die Konzilskonstitutionen vor lauter Bilanzen und Verwaltungstätigkeit - Köln ist schließlich das zweitreichste Bistum der Welt - bisher überhaupt nicht gelesen?

Ist der Kölner Dom vorrangig ein Baudenkmal, durch das Heerscharen von Christen und Kulturkonsumenten ziehen sollen? Haben zwar Kunstausstellungen in ihm Platz, aber keine Transparente, auf denen Zitate von Bischof Romero und Papst Paul VI. zu lesen sind? Wenn deutsche Schützenvereine den Dom nicht in einen Jahrmarkt verwandeln, warum dann lateinamerikanische Ponchos? So viele Fragen, so viele Widersprüche?

"Mit ihnen reden wir nicht", tönten die hohen Herren, die sich wieder einmal, wie immer, wenn ihnen die Realität zu nahe kommt, unter Druck fühlten. Wer mit hämischem Grinsen jede inhaltliche Kommunikation verweigert, hat wohl noch nie die Bibel richtig gelesen, in der dieses als Verstocktheit der Herzen gebrandmarkt wird. Wer sich so schnell genötigt und erpreßt fühlt, wenn jemand auf seinem Anliegen beharrt, muß sich mit der Ausübung von Macht schon sehr gut und mit alltäglichem Leidensdruck überhaupt nicht auskennen. Für wie erpresserisch müßten die Domherren erst Jesus selber halten, der seinen Jüngern in der Geschichte vom hartnäckigen Freund (Lk 11, 5-8) den strategischen Rat gab:" Wenn er auch nicht deswegen aufstehen und ihm geben würde, weil er sein Freund ist, so würde er doch wegen seiner Zudringlichkeit aufstehen und ihm alles geben, was er braucht." So viel, wie hier beschrieben, wollten wir aber gar nicht. Dies wird jeder merken, der unsere Forderungen aufmerksam liest (vgl. Flugblatt).

Das die Kölner Domherren jedoch lieber die bürgerlichen Gesetzbücher BGB und STGB wälzen als die Bibel, das sie lieber mit den Waffen dieser Welt (sprich Polizei und Strafanzeigen, als mit den Waffen des Geistes, die da sind, Langmut, Güte, Liebe, Verständnis kämpfen, daran ließen sie keinen Zweifel, denn "sie fühlten sich genötigt, ihr Gesicht zu wahren". Welch schönes Eingeständnis, daß man sich dazu nur allzu gerne "nötigen" ließ. Vor allem aber fühlte man sich als Schützer kirchlichen Eigentums und verwies nicht ohne Stolz auf die vielen Schätze, für die keine Versicherung länger zu haften bereit sei, käme heraus, daß man nichts "solch Gesindel" in ihre Nähe ließe. Wem fällt da nicht die alte Geschichte vom Diakon Laurentius ein, der zur Zeit der römischen Christenverfolgung von den Behörden aufgefordert worden war, die Schätze der Kirche herauszurücken. Und er brachte die Armen seines Viertels und sagte: Das sind die Schätze der Kirche. Diese Schätze hatten keine Versicherung nötig, denn Arme will damals wie heute keiner haben. Nur schade, daß solche Geschichten zwar auch heute in der Kirche noch gern aufgetischt, aber nicht mehr verstanden werden.

Gleiches gilt für den Namen der Kirche "Ekklesia". Was einst die "Versammlung der Gläubigen" bedeutete, fällt heute unter die gleiche Kategorie wie Patrizierhäuser oder Regierungsgebäude, wo man rausgeschmissen wird, wenn man ungebeten lange bleiben will. Also nannten auch die Kölner Domherren unser ausgiebiges Verweilen im Hause des Herren, wovon es in Psalm 27 heißt, "daß es Wunsch eines jeden Asylanten ist, in ihm alle Tage des Lebens zu wohnen", kurz und bart Hausfriedensbruch und sorgten gewaltsam für Abhilfe. Menschen die aufrecht und frei in die Kirche gegangen waren, wurden an allen Vieren wieder hinausgeschleift. Der Verdacht liegt nahe, daß die Deutsche Kirche von ihrer eigenen Metaphorik und Beredsamkeit über die Würde des Menschen selber nicht viel hält und sie bestenfalls als nützlichen Nebel um die Köpfe ihrer Gläubigen bewertet. Denn was sollen wir von einer "Mutterkirche" halten, die ihre Kinder mit Polizeigewalt aus dem Hause treiben läßt? Was sollen wir glauben, wenn die Kirche alle zu sich ruft, die mühselig und beladen sind, sie aber nicht erquickt, sondern verprügeln läßt? Was sollen wir von der Aufrichtigkeit Kardinal Höffners halten, wenn er in Hirtenbriefen die Ausweitung der Staatsmacht beklagt und seine Prälaten gleichzeitig den repressiven Staatsapparat gegen die eigenen Gläubigen einsetzen und ihn so zu einer bisher ungeahnten Ausweitung seines Betätigungsfeldes verhelfen?

Auch dem wohlmeinensten Christen wird an dieser Stelle klar werden, daß es schon lange zwei Kirchen gibt, eine Kirche der Herrschenden und eine Kirche der Unterdrückten, eine Kirche, die selber durch Hunger, Folter und Mord bedroht ist, und eine Kirche, die sich als Bestandteil des Blocks an der Macht fühlt und dies auch offen zeigt.

Westfälische Wilhelms-Universität
Vereinigte Seminare
des Fachbereichs Katholische Theologie

44 Münster (Westf.), Johannisstraße 8—10

29.9.1980

Dr. Kuno Füssel

Herrn Kardinal
Dr. Josef Höffner
Eintrachtstr. 164
5000 Köln

Sehr geehrter Herr Kardinal,

die Mitglieder der El-Salvador-Komitees und anderer Lateinamerika-Solidaritätsgruppen sind der Meinung, daß die deutsche Kirche, die reich und mächtig ist, nicht lautstark genug gegen die Verfolgung und Ermordung der Christen in El Salvador protestiert und alles in ihren Kräften Stehende tut, um Kirche und Volk von El Salvador zu unterstützen.

Daher haben wir am 26.9.1980 eine symbolische Asylsuche im Kölner Dom, der in der ganzen Welt als Wahrzeichen der deutschen Kirche gilt, durchgeführt. Die Teilnehmer der Aktion haben sich in der Kirche und nicht außerhalb versammelt, weil sie in der Kirche leben, und nicht außerhalb, weil sie den Hilferuf des Volkes von El Salvador als Fürbitte in der Kirche zu Gehör bringen wollten, weil sie aus der Mitte der Kirche Verständnis und Hilfe erwarteten. Doch was mußten sie erfahren? Eine erbarmungswürdige Verständnislosigkeit und absolute Kommunikationsverweigerung von Seiten Ihrer Prälaten, die das Problem El Salvador erst gar nicht an sich herankommen ließen. Es ging ihnen wie immer um Rechthaben und Rechtbehalten, nicht um Wahrnehmen des eigentlichen Anliegens und Sehen der wirklichen Probleme. Vor ihren Hilfesuchenden Mitchristen haben diese Herren ein trauriges Schauspiel theologischer Ignoranz und menschlichen Zynismus geboten. Sie, Herr Kardinal, werden darauf verweisen, daß die Räumung der Kirche durch Polizeigewalt rechtens sei und der Straftatbestand des Hausfriedensbruches gegeben sei. Da es sich bei einer Kirche jedoch nicht um eine bourgeoise Vorstadtvilla handelt, erlauben Sie mir bitte folgende Fragen: Was sollen wir von einer "Mutter Kirche" halten, die ihre Kinder mit Polizeigewalt aus dem Hause schleifen läßt? Was sollen wir glauben, wenn die Kirche alle zu sich ruft, die mühselig und beladen sind, sie aber nicht erquickt, sondern verprügeln läßt? Was sollen wir von Ihrer Aufrichtigkeit halten, Herr Kardinal, wenn Sie in Hirtenbriefen die Ausweitung der Staatsmacht beklagen und Ihre Prälaten dann den repressiven Staatsapparat gegen die eigenen Gläubigen einsetzen und ihm so zu einer ungeahnten Ausweitung seines Betätigungsfeldes verhelfen? Wissen Sie, daß die vorübergehend festgenommenen Frauen aus unserer Gruppe sich auf der Polizeiwache nackt ausziehen mußten? Halten Sie diese Demütigung für angemessen? Speiübel wird mir, wenn ich daran denke, daß die gleichen Herren, die solche Aktionen in die Wege geleitet und ihre erfolgreiche Durchführung mit grinsender Häme überwacht haben, am nächsten Tag das Meßopfer feiern und den Tod Jesu verkünden. Um den dem Ansehen der Kirche von Ihren Prälaten zugefügten Schaden nicht noch zu vermehren, bitte ich Sie eindringlich, die Strafanzeigen gegen die Teilnehmer unserer Aktion zurückzuziehen . Wir werden nicht zögern, die Anwesenheit des Heiligen Vaters wahrzunehmen, um ihm unser Anliegen vorzutragen, falls Sie sich zu dieser großzügigen Geste nicht durchringen können. Ich hoffe, daß Sie nie den Tag erleben werden, wo die Kirche Lateinamerikas ihre Missionare aussenden muß, um uns in Europa den wahren Glauben an Jesus Christus erneut zu predigen. Sie noch einmal um den von uns gewünschten Akt der Solidarität mit dem Volk von El Salvador bittend, grüße ich Sie.

Ihr

Kuno Fiedl

USA

Reagan: Der Vietnamkrieg - eine noble Sache

Mit dem erdrutschartigen Wahlsieg von Ronald Reagan bei den nordamerikanischen Präsidentenwahlen ist die Zeit der Regierung Carter vorbei. Wir haben in unserer Zeitschrift diese letzten vier Jahre - ähnlich wie viele Lateinamerikaner - als die Zeit eines Imperialismus beschrieben, der sich mit seiner Menschenrechtsrhetorik ein freundliches, zähnebleckendes Antlitz zu geben versuchte. Tatsächlich kann ja keine Rede davon sein, daß die USA in den letzten vier Jahren effektiv von ihren guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu menschenrechtsfeindlichen Regimen in Lateinamerika abgerückt seien - um hier gar nicht vom Iran oder von Südkorea zu reden.

Somoza in Nicaragua wurde erst fallengelassen, als wirklich klar war, daß er nicht mehr zu halten war. Selbst wo - wie in Chile - die Möglichkeit bestand, aktiven Druck auszuüben, um die Verbrechen einer Militärdiktatur aufzudecken und damit der demokratischen Opposition zu helfen, wurde sie kaum genutzt. In El Salvador wurde nicht einmal die Möglichkeit einer militärischen Intervention ausgeschlossen.

Weiter: Die angekündigte Normalisierung der Beziehungen zu Cuba fand in der Praxis nicht statt. Der Panama-Kanal-Vertrag, als Anerkennung der Souveränität Panamas und damit als historische Leistung der USA, die scheinbar über ihren eigenen Schatten gesprungen sind, gepriesen, erweist sich bei genauerem Hinsehen als kluger Schachzug zur Absicherung des inzwischen dort entstandenen internationalen Finanzzentrums, das viel wichtiger geworden ist als der Kanal, ganz abgesehen davon, daß sich die USA auch über das Jahr 2000 hinaus das Recht zur Intervention vorbehalten haben.

Von einer ernsthaften und effektiven Änderung der US-Außenpolitik gegenüber Lateinamerika konnte also unter Carter kaum die Rede sein.

Trotzdem: Bei keiner oder mindestens kaum einer Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten haben die Lateinamerikaner - je nach politischem Standpunkt - so deutlich Stellung zu den Kandidaten bezogen wie in diesem Jahr. Die Militärdiktaturen im Süden, in Argentinien, Chile, Bolivien, Paraguay, Uruguay und Brasilien und die herrschenden Cliquen in Guatemala und El Salvador haben keinen Hehl daraus gemacht, daß sie Jimmy Carter zur Hölle wünschten und in Reagan den Mann ihrer Wahl sahen. Die Sandinisten in Nicaragua, die Opposition in El Salvador, die linken Gruppen und Parteien in ganz Lateinamerika erwarten von Reagan andererseits das Schlimmste. Fidel Castro unterließ in den letzten Wochen alles, was Jimmy Carters Wahlchancen hätte schmälern können.

In der Bundesrepublik wurden beide Kandidaten im allgemeinen als schwache Figuren gekennzeichnet, wobei die Unterschiede nicht sehr hervorgehoben wurden.

Was ist von Reagan zu erwarten? Einen Tag nach dem Wahlsieg Reagans ist es nur möglich von der politischen Grundhaltung aus über allgemeine Tendenzen der zu erwartenden Politik zu schreiben und sich auf eine bereits veröffentlichte Mittelamerikastudie aus den Kreisen seiner Berater zu stützen.

Wenn Ronald Reagan gegenüber dem ARD-Korrespondenten feststellt, daß er viele Gemeinsamkeiten mit Franz Joseph Strauß in der Haltung gegenüber der Sowjetunion sieht, so bedeutet dies, daß die außenpolitische Profilierung der USA noch stärker als bisher im Konflikt mit der SU stattfinden wird. Dieses selbstgewählte Profilierungsfeld erlaubt es, die Ansprüche die gegenüber den USA aus dem begonnenen Nord-Süd Dialog" erwachsen sind, zurückzudrängen. Im nächsten US-Haushalt werden entsprechend dieser Vorentscheidungen die Rüstungsausgaben gewaltig erhöht werden. Die SALT II Verträge werden im Papierkorb verschwinden und die neue Regierung wird eine Stärkeposition aufbauen, um dann von der aus zu verhandeln.

Reagan war acht Jahre lang Gouverneur von Kalifornien, wo die Betriebe der wichtigsten Rüstungsbetriebe der USA liegen. Seine Verbindung zum "Industrial-Military Complex" sind eng und seine Präsidentschaft wird diesen Komplex weiter ausdehnen und stärken. Hindernisse für diese Politik wird es im Kongress wenig geben weil ein großer Teil liberaler Senatoren der Demokratischen Partei nicht wiedergewählt wurde und die Republikaner daher über eine deutliche Mehrheit verfügen.

Aus den Wahlkampfäußerungen läßt sich leider - und dies gilt für die USA in besonderem Ausmaß - nur wenig Verbindliches für die Politik der Kandidaten ableiten. Die Öffentlichkeit der USA hat sich daran gewöhnt, mit teilweise sich widersprechenden Versprechungen konfrontiert zu werden, die von den Beraterteams für unterschiedliche Zielgruppen zugeschnitten wurden. Was sich doch entnehmen läßt sind Grundsatzpositionen, so bei Reagan die Tendenz zur Eindämmung der staatlichen Tätigkeit und zu wirtschaftlichem Liberalismus. Der ideologieschwangere Wahlkampf, in dem Familie, gute Nachbarschaft und Patriotismus als Wertvorstellungen im Mittelpunkt standen, wird Reagan nicht hindern, in den politischen Entscheidungen pragmatischer und technokratischer zu verfahren. Voraussichtlich wird z.B. die Gruppe der christlichen Fundamentalisten ihre reaktionäre Kampagne gegen die Gleichberechtigung der Frau in Zukunft ohne die Unterstützung Reagans führen müssen.
Dennoch liegt in der Präsidentschaft Reagans unter mehreren Aspekten eine Bedrohung für die politische Entwicklung der nächsten Jahre. Auf die möglicherweise bevorstehende Zunahme von Spannungen mit der SU wollen wir hier nicht eingehen und uns auf Veränderungen in den Beziehungen zu Lateinamerika konzentrieren.

bezogen auf Cuba hat Reagan vorgeschlagen, auf den Einmarsch der SU in Afghanistan durch eine Blockade Cubas zu reagieren." As soon as they move out (of Afghanistan) with their troops we lift the blockade...why not?" Leider ist es nach dieser Wahl vorstellbar, daß diese Cowboylogik, nach der die Bevölkerungen ganzer Länder nur noch Objekte im Einflußzonenkampf der Großmächte sind, irgendwann Realität werden könnte.

Das bedrohlichste Element in der nationalistischen Mobilisierung, die Reagan zum Wahlsieg verhalf, ist das massenhafte Bedürfnis nach demonstrativer Stärke der USA. Da diese Stärke bei der Bewältigung der ökonomischen und innenpolitischen Probleme wahrscheinlich schwer zu demonstrieren sein wird, stellt sich dann die Frage, ob dies außenpolitisch möglich ist.

Im Süden Lateinamerikas wird die Stärke der "Vaterländer" schon von den Militärs manifestiert, die sich von der neuen US-Regierung eine erhebliche Stabilisierung erwarten dürfen. In Mittelamerika, wo der Herrschaftsanspruch der USA in den letzten Jahren zunehmend in Frage gestellt wird, wächst die Gefahr einer neuerlichen US-Intervention. Unter Carters Regierung war es das Pentagon und der CIA, die von Verletzungen der nationalen Sicherheit sprachen, wenn es um Nicaragua und

Mittelamerika ging. Ab dem Amtsantritt Reagans am 20.1.81 wird die US-Außenpolitik wieder widerspruchsfreier sein, als in den letztden vier Jahren, weil auch die Regierung die Sprache des Geheimdienstes und der Militärs sprechen wird.

"Latin America Weekly Report" (1980 Nr. 38) hat Inhalte einer MA-Studie wiedergegeben, die im "Washington Quarterly" erschien und im "Centre for Stretegic and International Studies of George Town University" entstand. Direktor dieses Instituts ist Roger Fontaine, Reagans Berater für Lateinamerikapolitik, die Autoren der Studie sind Cleto di Giovanni und Alexander Kruger, ein ehemaliger CIA-Offizier und ein Geschäftsmann.
Die Studie bezieht sich auf Guatemala , El Salvador und Nicaragua. Sie fordert in diesen Ländern stärkere US-Unterstützung für die politische Vertretung der Wirtschaft und der "verantwortungsbewußten Rechten".

In Guatemala wäre dies sofort möglich und sollte schnellstens geschehen, um die politische Polarisierung zu vermeiden, die die US-Politik in EL Salvador mit verschuldet habe. In El Salvador müsse der Riß zwischen der Regierung und der privaten Wirtschaft geschlossen werden. Wirtschaftsvertreter müßten in die Regierung aufgenommen werden, um ihr eine breitere Basis zu verschaffen. Es sei nötig, die Fähigkeit der Regierung zur Durchführung von Reformen zu stärken, obwohl diese Reformen einen Keil zwischen Regierung und private Wirtschaft getrieben hätten. Gleichzeitig sei die einzige Chance der Regierung das Vertrauen der Wirtschaft zu gewinnen "die Kontrolle der Linken auf der Straße und im Betrieb durch strikte polizeiliche und militärische Maßnahmen" zu sichern. Sollte die Integration der Wirtschaft in die Regierung nicht gelingen ,so sollte der Wirtschaft und anderen "vernünftigen Elementen " Unterstützung zur Bildung einer neuen Regierung gegeben werden.

In Nicaragua rechtfertige die Feindseligkeit der kommunistischen Regierung subversives Vorgehen zur Vorbereitung ihres Sturzes im Interesse der "westlichen Hemisphäre". Die Unzufriedenheit der Bevölkerung solle durch die Verweigerung von US-Hilfe verstärkt werden und aus der Nationalgarde im Exil solle eine leistungsfähige Kampftruppe gebildet werden. Um "Glaubwürdigkeit" zu erlangen, müsse die politische und militärische Alternative von Exilnicaraguanern aufgebaut werden, die USA sollten jedoch gemeinsam mit anderen Staaten zur Intervention bereit sein.

Diese strategischen Überlegungen sprechen für sich selbst.
Niemand wird sagen können, er habe von nichts gewußt.

JAMAIKA

PNP verliert Parlamentswahlen

Am 30. Oktober trat ein, was Meinungsumfragen vorausgesagt hatten. Die regierende Peoples National Party (PNP) mit Premierminister Manley an der Spitze unterlag bei den jamaikanischen Parlamentswahlen klar. Die bisher oppositionelle, konservative Jamaica Labour Party (JLP) errang mehr als 3/4 aller Parlamentssitze. Damit kehrt sich, was die Zahl der Sitze im Parlament betrifft, das Wahlergebnis von 1976 ins Gegenteil. Die LAN berichteten mehrfach über die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Jamaika, die jetzt der Reformregierung Manley zum Verhängnis geworden sind (vergl. LAN 41, 61, 66, 67, 72, 77, 82).

Vorgeschichte

Zur Erinnerung: Die PNP war zehn Jahre nach der Unabhängigkeit der Insel von Großbritannien 1972 ins Amt gekommen. Zuvor war Jamaika brav westlich orientiert im Kielwasser der USA geschwommen und deren zuverlässiger Bündnispartner in der Karibik. Für die nordamerikanischen Bauxit- und andere Gesellschaften erwies sich die kleine Insel als eine wahre Goldgrube. Die wirtschaftliche Scheinblüte jener Jahre hinterließ jedoch ein heruntergekommenes Ballungszentrum, Kingston, und eine dahinvegetierende Landbevölkerung, die einerseits noch immer in den Hügeln der Insel Subsistenzlandwirtschaft betrieb oder andererseits in der Zuckerindustrie für harte Arbeit wenig Dollars erntete. Den Luxus der Touristenzentren an der Nordküste und der Villenviertel in Kingston vor Augen und die Vetternwirtschaft der JLP gründlich satt, setzte die Bevölkerung 1972 alle Hoffnungen in die Reformprogrammatik der PNP, die die Interessen und die Kultur der Massen an die ihnen gebührende Stelle im Leben der Insel zu rücken versprach.
Bis 1974 ging alles blendend vorwärts. Die Wirtschaft der Insel blühte, Touristen strömten zu hunderttausenden ins Land und der Staatssäckel füllte sich mit Bauxitmillionen, die die PNP nach Erhebung einer gepfefferten Exportabgabe den nordamerikanischen Multis abknöpfte. Auf einer Woge von Popularität, gestärkt durch zahlreiche angelaufene und Erfolg versprechende Reformprojekte verkündete die PNP den "Democratic Socialism" als ihr neues Programm.
Kontrolle der Bodenschätze des Landes durch die Nationalisierung der Bauxitindustrie sowie aller Wirtschaftszweige von nationalem Interesse (Energie, Telephon, Banken, Transportwesen), eine Reform der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft, Enteignung und Verteilung brachliegenden Großgrundbesitzes an landlose und landarme Bauern, sowie eine Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik im Interesse der armen Massen der Insel wurden anvisiert und eingeleitet.
Die Euphorie währte indessen nicht lange. Der Bauxitabsatz sank drastisch, der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt verfiel zusehends, die Mehrausgaben für Öl trafen Jamaika als eines derjenigen Entwicklungsländer, die bereits einen relativ hohen Energieverbrauch haben, besonders hart. Zusätzlich blieben viele erwartete Touristen aus und sah sich die Regierung mit einer verschärften Opposition des Bürgertums konfrontiert. Der Anfang vom vorläufigen Ende der Ära Manley zeichnete sich bereits ab. Die in sich gespaltene, inkonsequente PNP konnte diese Widerstände gegen ihre Reformpolitik nicht überwinden. Ein letztes Aufbegehren gegen den Würgegriff des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Frühjahr 1980 kam zu spät.

Außenwirtschaftliche Katastrophen

Die Bauxitabgabe, die von den Nordamerikanischen Gesellschaften seit 1973 abgeliefert werden mußte, erhöhte die Einnahmen des Landes aus diesem Sektor von ca.24 Mio.$ im Jahre 1972 auf stolze 170 Mio $ 1974.
Nach der sog. Ölkrise blieb davon für die geplanten Reformen nichts mehr übrig, da die Ausgaben für den Import von Öl von 44 Mio $ im gleichen Zeitraum auf177 Mio $ kletterten. Hinzu kam, daß die Bauxitgesellschaften ihre Produktion einschränkten und ihren Bedarf verstärkt in anderen Ländern deckten.
Weiter ruiniert wurde die Zahlungsbilanz des Landes durch die sinkenden Einnahmen aus dem Zukkerexport und die schweren Rückschläge in der Tourismusindustrie. Pressekampagnen anläßlich des jamaikanischen Wahlkampfes von 1976 hatten in den USA viele Besucher abgeschreckt. Bis 1977 schrumpfte die Besucherzahl um etwa 1/3.

Wahlsieger Edward Seaga (JLP) vor illustrem Publikum im New Yorker Nobelhotel berichtet von den cubanischen Unterwanderung der PNP

Der so entstandene akute Devisenmangel führte besonders in der zweiten Amtsperiode der Regierung Manley zu akuten Versorgungsengpässen. Im Jahre 1977 wurde das Land auf diese Weise zur leichten Beute jener Institutionen, die im Auftrag der kapitalistischen Freunde Jamaikas "Hilfe" in der Not anboten.

Die Reformen bleiben stecken

Mit dem zunehmenden Geldmangel blieben die ehrgeizigen Reformprojekte der PNP stecken. Die dynamische Entwicklung des Schul- und Wohnungsbaus, die Personalaufstockungen im Gesundheitswesen und die Arbeitsbeschaffungsprogramme waren nun für die Regierung ein Klotz am Bein.
Das wichtigste Projekt der Regierung, die Agrarreform, ist das beste Beispiel dafür, wie nun die in 400 Jahren Kolonialismus entstandenen Wirtschaftsstrukturen den angestrebten Veränderungen widerstehen.

Zur Reduzierung der großen Lebensmittelimporte und damit der Abhängigkeit von außen, zur Hebung des Einkommens der Landbevölkerung und um die zunehmende Landflucht zu bremsen, ging die PNP mit ihrem "Land Utilisation Act" von 1973 daran, große brachliegende Ländereien zu enteignen und an interessierte Kleinbauern zu verteilen. Zehntausende von Bauern und Landarbeitern profitierten von diesem Programm. Zum ersten mal seit ihre Vorfahren nach dem Ende der Sklaverei 1838 von den fruchtbaren Ebenen der Zuckerplantagen in die steinigen Hügel der Insel flohen oder vertrieben wurden, schien sich die Tendenz in der Landverteilung umzukehren.
Allerdings konnten die Kleinbauern und Landarbeiter ohne Vermögen das verteilte Land nicht in dem Maße nutzen, wie dies erwartet wurde. Fehlende Kenntnisse in Anbau- und Vermarktungstechniken, keine Bewässerungsanlagen, unzureichende Transportmittel stellten den Erfolg des Programms infrage.

Das Landwirtschaftsministerium, zur Unterstützung der Bauern bereit, konnte nicht genügend Kredite vermitteln, Wasserleitungen bauen, Maschinen und Berater zur Verfügung stellen, angesichts der Etatkürzungen, die durch die in die Krise geratene Wirtschaft des Landes erzwungen wurden.
So befand sich die Regierung letztendlich in einer Zwickmühle zwischen einer eingeleiteten Agrarreform und den Erwartungen der Landbevölkerung und den fehlenden Möglichkeiten die Reform konsequent weiterzuführen. Schließlich drängten in verschiedenen Landesteilen radikalisierte Bauern die Regierung zum Vorantreiben der Landverteilung, indem sie ungenutzte Ländereien besetzten, während in bestehenden Projekten Bauern frustriert den Bettel hinwarfen und das neue Land aufgeben mußten , um - ohne Saatgut, Dünger und Wasser - ihre Familien durch andere Arbeit zu ernähren.

Schwere Probleme plagten auch die Zuckerindustrie, die nach wie vor der größte Arbeitgeber auf der Insel ist. Von britischen (Tate & Lyle) und amerikanischen (United Fruit)* heruntergewirtschaftete Zuckerraffinerien wurden von der Regierung übernommen und genossenschaftlich organisiert. Angesichts unwirtschaftlicher Betriebsgrößen und veralteter Technologie wären hohe Investitionen notwendig gewesen, um die wachsenden staatlichen Subventionen zu reduzieren. Die hierzu nötigen Devisen konnten angesichts der außenwirtschaftlichen Lage nicht beschafft werden. Außerdem erschwerten Auseinandersetzungen zwischen Genossenschaftsmitgliedern und Management bzw. Regierung sowie die Umorientierung von traditioneller Gewerkschaftspolitik in den Betrieben zu neuen Anforderungen der Beteiligung an der Organisation der Betriebe die Reorganisation der Produktion.*Gesellschaften

Die Bourgeoisie auf Konfrontationskurs

Anfangs standen Teile der jamaikanischen Bourgeoisie den Maßnahmen der PNP durchaus wohlwollend gegenüber. Die Bauxitmultis zu schröpfen, den Außenhandel weniger eng an den USA und Großbritannien auszurichten, war durchaus in ihrem Sinne. Allerdings wurde zunehmend klar, daß die zusätzlichen Einnahmen der Regierung keineswegs der Wohlstandsmehrung der Oberschicht und der oberen Mittelschicht zugute kamen, sondern ein sozialer Umverteilungsprozeß begonnen hatte. Der Import von Luxusgütern wurde zunehmend gestoppt, der Devisenumtausch für Auslandsreisen drastisch beschränkt. Verstaatlichungen und Enteignungen von Grundbesitz schreckten die Besitzbürger auf. Die bis dahin einzige Tageszeitung der Insel der "Daily Gleaner", Sprachrohr der konservativen JLP und im Besitz der einflußreichsten der 21 Familien der Oligarchie, wurde zur Speerspitze im Propagandafeldzug gegen die Regierung Manley.

Darstellung des cubanischen Einflusses auf die PNP im Daily Gleaner

Neben der zunehmenden öffentlichen Kritik verübte die Oberschicht auch gezielte Wirtschaftssabotage. Hunderte von Mio. $ wurden illegal außer Landes geschafft und zahlreiche wohlhabende Jamaikaner setzten sich nach Florida und auf die Bahamas ab.
Mit zunehmender wirtschaftlicher Krise verließen jedoch auch dringend benötigte Fachkräfte - Ärzte, Techniker - das Land, um in den USA oder Großbritannien nach besseren Verdienstmöglichkeiten Ausschau zu halten.

Der IWF schlägt zu

Konnte Michael Manley 1976 bei den Parlamentswahlen der Bevölkerung noch einmal verdeutlichen, daß die Regierung unter massivem Druck aussenwirtschaftlicher Zwänge und politischer Destabilisierungsversuche stand, so schwand diese Überzeugungskraft in den Jahren der zweiten Amtsperiode bis 1980.
Mit einer zweiten Chance ausgestattet schwankte die PNP im Jahre 1977 - von Flügelkämpfen geschüttelt - in der Wahl ihrer Strategie zur Sanierung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft des Landes. Vor leeren Regierungskassen bot sich der Internationale Währungsfond (IWF) als Wunderdoktor für kranke Volkswirtschaften in Entwicklungsländern an, nachdem private ausländische Kreditgeber und bisher großzügigere "befreundete" Regierungen den Geldhahn zudrehten.
Die Linke in und außerhalb der PNP warnte eindringlich davor, auf die politischen Bedingungen einzugehen, die an die vom IWF angebotenen Kredite geknüpft waren. Die etwa 50%ige Abwertung der jamaikanischen Währung und die massive Kürzung der Staatsausgaben waren Teile der "Austerity"-Therapie, die der IWF bereits in anderen Entwicklungsländern angewandt hatte. Stets war diese Politik mit enormen Lasten für die Masse der Bevölkerung verbunden gewesen. Daß die antiinflationären und exportfördernden Maßnahmen des IWF die wirtschaftlichen Probleme Jamaikas lösen könnten, glaubte auf der Linken niemand. Eher wurde schon 1977 befürchtet, daß die Folgen der IWF-Strategie das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung Manley unterminieren würden. Eine realistische Annahme, wie sich herausstellen sollte.
Trotzdem setzten sich in der PNP die Befürworter des IWF durch. Die Gründe hierfür liegen unter anderem auch im Fehlen einer echten, kurzfristig Erfolg versprechenden Alternativstrategie, die in der Bevölkerung durchsetzbar gewesen wäre. Hier zeigte sich die Schwäche der Linken in der PNP und die Tatsache, daß die Partei von der Bevölkerung keineswegs eine Basis für konsequente revolutionäre Handlungsweisen erhalten hatte.

Die Außenpolitik der PNP

Obwohl immer relativ gute Kontakte zur US-Regierung und zu Großbritannien bestanden hatten, rückte dieses in der Darstellung in der internationalen Presse und im Daily Gleaner mehr und mehr in den Hintergrund.
Im Zuge der Reformpolitik begann sich schon in der Anfangsphase die PNP-Regierung von der ausschließlichen Orientierung an den traditionellen außenpolitischen Beziehungen zu lösen. Manley bemühte sich um die Bewegung der Blockfreien, enge Kontakte zu den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und - zum Entsetzen der jamaikanischen Bourgeoisie - um enge Beziehungen zum Nachbarland Cuba. Diplomatische Beziehungen wurden aufgenommen mit der UdSSR und der VR-China.
Bald erhielten Jamaikaner ihre Berufsausbildung in Cuba, nahmen cubanische Ärzte die Stellen in den Krankenhäusern der Insel ein, die ihre einheimischen Vorgänger um besserer Verdienstmöglichkeiten in Europa oder den USA willen verlassen hatten. Cubanische Bautrupps errichteten Schulen und Wohnungsbauten. In mehrfachen Besuchen Manleys in Cuba und einem Besuch Fidel Castros im Jahre 1975 in Jamaika gipfelte, was vom Daily Gleaner als Cubanisierung Jamaikas gegeißelt wurde.
Zwar bildeten cubanische Hilfsprogramme Ergänzungen zu den westlichen Entwicklungshilfevorhaben auf der Insel und die langfristigen Lieferab-

kommen mit der UdSSR, Algerien und dem Irak über Bauxit evtl. ausbaufähige Perspektiven, doch konnte dies keineswegs die sich auftürmenden Probleme der Insel im Außenhandelsbereich ausgleichen. Ob massive Finanzspritzen von der UdSSR zu erhalten gewesen wären und unter welchen Voraussetzungen bleibt ungewiß.

Michael Manley (rechts) mit Maurice Bishop, dem Premierminister der revolutionären Regierung von Grenada, deren Förderer die PNP war

Der Kurswechsel der PNP kommt zu spät

Die vorausgesagten Auswirkungen der IWF-Politik ließen nicht lange auf sich warten. Alleine im Jahr 1978 stiegen die Lebenshaltungskosten in Jamaika um ca. 50%. Die Arbeitslosigkeit - noch 1977 auf einem Rekordtief von"nur" 19% - steuerte der 30% Marke zu. Versorgungsengpässe hielten an und der erhoffte Aufschwung in der verarbeitenden Industrie läßt noch immer auf sich warten. Zu spät erkannte die PNP, daß die vom IWF prophezeihte Gesundung der Wirtschaft nicht abzusehen war, hingegen aber die sozialen Auswirkungen der Austerity-Politik des IWF die Popularität der Partei in der Bevölkerung zusehends minderten. Als im Frühjahr die Parteirechte das Handtuch werfen mußte und wichtige Regierungsämter von der Linken übernommen wurden, war es bereits zu spät. Zum Bruch mit dem IWF war es endlich gekommen, als klar wurde, daß der neue Kredit über ca. 180 Mio.$ fast ausschließlich zur Finanzierung von Tilgungs- und Zinszahlungen hätte verwendet werden müssen und außerdem mit ihm noch einschneidende wirtschaftspolitische Maßnahmen verknüpft waren, die unter anderem ca. 10 000 Stellen im öffentlichen Dienst gekostet hätten.
Erwartungsgemäß verweigerten im Frühsommer 1980 die New Yorker Banken, denen der jamaikanische Staat einige hundert Mio.$ schuldet, die Erfüllung der vom neuen Finanzminister Hugh Small vorgetragenen Umschuldungswünsche und empfahlen ihm, zum IWF zurückzukehren. (Der abgelöste Finanzminister der Insel, Bell, setzte sich inzwischen nach Washington ab, um beim IWF einen hohen Posten zu übernehmen, nachdem er dessen Sachwalter in Jamaika nicht mehr länger sein konnte.)
Mittelfristige Abkommen mit den Bauxitgesellschaften, Kreditzusagen einiger ausländischer Regierungen und verschärfte Preiskontrollen in Jamaika zur Senkung der Lebenshaltungskosten reichten nicht mehr aus, um die Wähler bis zum 30. Oktober umzustimmen.

Perspektiven

Daß die JLP nun über mehr als 3/4 der Parlamentssitze verfügt, verfälscht das Bild der realen Stimmverhältnisse im Land. In Jamaika wird ein reines Mehrheitswahlrecht praktiziert. Tatsächlich verfügte beispielsweise die PNP bei einer ebenso hohen Mehrheit im Parlament nach den vergangenen beiden Wahlsiegen nur über 56% der Wählerstimmen. Dies macht deutlich, daß die Verhältnisse im Parlament leicht über die wahre Basis bei der Bevölkerung hinwegtäuschen. Die genauen Zahlen liegen für die jetzigen Wahlen noch nicht vor. Die Verhältnisse für die JLP dürften jedoch vergleichbar ausfallen.
Noch ist es zu früh, genaues über die Ursachen des Stimmungsumschwungs bei Wechselwählern auszusagen. Auch kann noch nicht genau abgeschätzt werden, welche Wählerschichten der JLP nun ihre Stimme gegeben haben. Zu vermuten ist jedoch, daß angesichts der Sackgasse, in die die Politik der PNP geraten schien, zahlreiche Wähler zur JLP übergelaufen sind, obwohl sie von ihr nichts besseres erwarten. Es war jedoch immer klarer geworden, daß die PNP zur Zeit keinen Ausweg aus der Misere mehr anbieten konnte, gleichgültig, ob dies nun ihr anzulasten ist oder ob externe Faktoren dominieren.

Für die jamaikanische Linke ist diese Wahlniederlage ein schmerzlicher Rückschlag, der jedoch - so paradox das klingen mag - auch seine guten Seiten hat. Die karibische Regionalzeitung "Caribbean Contact" fragte schon im Frühjahr ganz richtig:"Why should anyone want to win the Jamaican Elections?". Die JLP wird jedenfalls keine Wundermittel zur Bereinigung der wirtschaftlichen Probleme anbieten können. Die programmatischen Aussagen beschränken sich auf vage Ziele. Sicherlich wird sie zum IWF zurückkehren und ausländischen Investoren und Kreditgebern mehr Vertrauen einflößen als die PNP. Allerdings waren dies in der Vergangenheit keine ausreichenden Mittel zur Lösung der jamaikanischen Probleme. Eine Rückkehr zur Politik, wie sie vor 1972 betrieben wurde, ist nicht möglich. Falls die Regierung unter Edward Seaga jedoch die zahlreichen begonnenen Reformprojekte kappen will oder der Bevölkerung noch mehr Austerity-Lasten einer neuen IWF-Vereinbarung aufzubürden gedenkt, wird sie das Vertrauen der Wähler schneller verlieren als sie sie der PNP abjagen konnte. Eine reaktionäre und liberalistische Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik könnte nur unter der Knute des Militärs durchgehalten werden. Dieses steht in Jamaika jedoch nicht als Instrument für diese Zwecke zur Verfügung.
Die PNP, die Workers Party of Jamaica (WPJ) und die übrige Linke im Lande kann zusehen, wie die JLP die Kastanien aus dem Feuer holt und sich dabei verschleißt. Während dessen kann sie sich regenerieren, alternative Strategien entwickeln und die Bewußtseinsprozesse bei den Massen, die Jamaika heute als ein völlig verändertes politisches Pflaster erscheinen lassen als 1972, vorantreiben.

Nicht nur für Jamaika werden jedoch von der jüngsten Entwicklung bedeutsame Fragen aufgeworfen. Wie man das Blatt auch wenden mag, es waren letztendlich die langen Schatten der kolonialen Vergangenheit und der von dieser bestimmten wirtschaftlichen Strukturen in Jamaika und auf dem Welt*die der PNP-Regierung zum Verhängnis wurden. Sie waren es auch, die die Ansatzpunkte für den wirtschaftlichen und politischen Druck boten, der auf die Regierung Manley ausgeübt wurde. Dies wird auch einer Regierung blühen, die sich auf revolutionäre Massen stützen kann und deren Bevölkerung zu großen Opfern bereit ist. Ob in einem Land von der Größe Jamaikas ohne massive Unterstützung von außen eine antiimperialistische Politik auf Dauer durchgehalten werden kann, oder ob zwangsläufig der cubanische Weg beschritten werden muß, ist eine Diskussion wert.

*-markt

CHILE

Eitel Sonnenschein...

herrschte bei dem Staatsbesuch des brasilianischen Staatspräsidenten Figueiredo in Santiago de Chile. Gute diplomatische Beziehungen vermochte Präsident Pinochet bislang nur zu Bayern, der Volksrepublik China und Südafrika zu unterhalten. Nun ist Brasilien hinzugekommen. Eine Annäherung der "autoritären Demokraten" zeichnete sich bereits im März dieses Jahres ab, als Brasilien in trauter Gemeinschaft mit Argentinien und Uruguay als einzige gegen die 7. Verurteilung Chiles durch die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen stimmten. Zu diesem Zeitpunkt stand der Besuch Figueiredos in Chile bereits fest.

Chile — Brasilien

Bei seinem letzten Versuch, sich außenpolitisch zu profilieren, erlitt Staatspräsident Pinochet eine jämmerliche Bauchlandung (vergl. LN Nr. 81). Damals, im April dieses Jahres, versuchte er die Öffnung zum pazifischen Raum zu betreiben und wurde, schon im Flugzeug sitzend, vom Präsidenten der Philippinen überraschend ausgeladen. Ein solches Debakel konnte ihm diesmal nicht passieren, der Staatsbesuch war von langer Hand vorbereitet. Die zahlreichen Banketts, offiziellen Verlautbarungen und Erklärungen unterschieden sich nur wenig von dem, was man in dieser Hinsicht sowieso gewohnt ist. Im Mittelpunkt des Besuchs von Präsident Figueiredo, der neben seiner Diplomatischen Equipe auch von 198 brasilianischen Indusriellen und Vorstandsmitgliedern multinationaler Konzerne begleitet wurde, stand die Unterzeichnung eines gemeinsamen Wirtschaft- und Handelabkommens. Die wichtigsten Punkte dieses beidseitigen Vertragpakets waren u.a.:

-Gemeinsamer Abbau von Kupfer und Aluminium (Bauxit) und deren Weiterverarbeitung. So ist geplant, chilenisches Kupfer in einem brasilianischen Hüttenwerk zu veredeln und brasilianisches Bauxit in Chile zu Aluminium weiterzuverarbeiten.

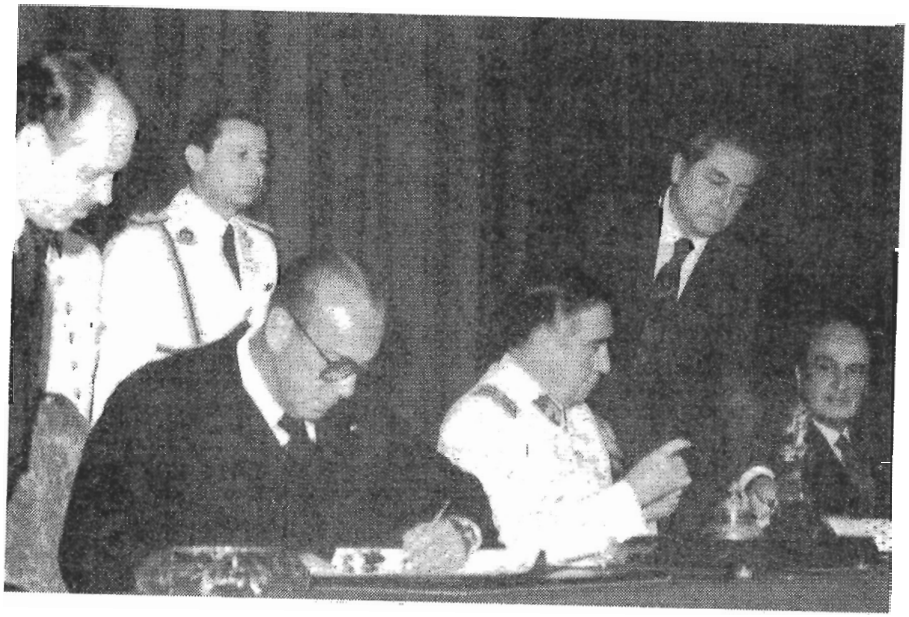
-Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technologie.

-Zusammenarbeit im Forst und Fischereisektor wie z.B. Austausch von entsprechenden Spezialisten und Ausarbeitung gemeinsamer Forschungsprogramme.

-Verbesserung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Meeresschifffahrt.

Der überraschendste Punkt bei dem Übereinkommen ist der Beschluß über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der "friedlichen Nutzung der Kernenergie". In diesem Dokument würde beschlossen, sowohl die wissenschaftliche und technologische Entwicklung wie auch die praktische Anwendung der Atomenergienutzung gemeinsam durchzuführen. Überraschend deshalb, weil Pinochet erst vor kurzem erklärte, daß die Atomtechnologie für Chile nicht rentabel sei

und man zumindest bis zum Jahr 2000 nicht gedenke, sich mit diesem Gebiet näher zu befassen. Auf brasilianischer Seite ist der öffentliche Druck der Anti-Atomkraft-Bewegung, die durch alle sozialen Schichten geht, dermaßen gewachsen, daß in Brasilien zur Zeit niemand ernsthaft an die breite Einführung der Atomtechnologie glaubt.



Der chilenische Finanzminister Castro trat in einem Gespräch mit seinem brasilianischen Amtskollegen Galvaes für eine größere Öffnung des brasilianischen Marktes für chilenische Produkte des nicht-traditionellen Zweiges ein. Damit spielte Castro auf den Sachverhalt an, daß die chilenische Regierung und Handelsbourgeoisie höchst unzufrieden ist mit den "protektionistischen" Zöllen Brasiliens. Und Protektionismus ist nach Logik der Freien Marktwirtschafter schlecht, weil da was beschützt wird, was in der freien Natur eines freien Marktes eigentlich sterben müßte. Und dagegen ist man eben. Die brasilianische Delegation versprach dann auch, daß dieser Schutz nur ein vorübergehender in der gegenwärtigen Krise sei, bald würde man sich wieder an die Chikagoer Spielregeln halten.

Das Abschlußkommuniqué, das die beiden Präsidenten unterzeichneten, unterschied sich in seiner nichtssagenden Unverbindlichkeit nicht viel von anderen und hätte durchaus auch von Bundeskanzler Schmidt unterzeichnet werden können. So sprach man sich darin gegen Rassismus und Apartheid, für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle, für eine Neue Weltwirtschaftsordnung und für die allgemeine Anwendung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken aus. Die wichtigsten Vereinbarungen bei diesem Staatsbesuch mögen wohl wie meistens bei unprotokollierten Korridorgesprächen getroffen worden sein.

Chile — VR China

Ähnlich herzlich wie das Zusammentreffen zwischen Pinochet und Figueiredo verlief der Besuch des chilenischen Agrarministers Alfonso Marquez de la Plata in der Volksrepublik China. Die VR China ist schon seit langem als guter Freund der chilenischen Militärdiktatur aufgefallen, nicht zuletzt durch ansehnliche Kredite, die sie den Putschisten in Zeiten zukommen ließ, als die Etablierung des Regimes keineswegs als gesichert angenommen werden konnte. Bei seinem China-Besuch vor ca. 4 Wochen einigte sich Marquez mit seinem chinesischen Amtskollegen über diverse Abkommen über wissenschaftlich/technische Zusammenarbeit auf dem Agrar-, Forst-, Fischerei-, und Energiesektor, sowie über gemeinsame Prospektion und Ausbeutung von Bodenschätzen und den Austausch von Experten. In diesem Zusammenhang hob die chilenische Tageszeitung "El Mercurio" lobend hervor, daß das Handelsvolumen beider Staaten im letzten Jahr gegenüber 1977 um über 2oo% gestiegen sei und somit eine Umsatzhöhe von 119 Mio. US Dollar betrug. Daß es sich bei diesem Abkommen keineswegs nur um leeres Gerede handelt, beweist u.a. die Tatsache, daß schon im April nächsten Jahres zwei chinesische Agrarexperten nach Chile reisen werden, um dort den Ausbau der Reisproduktion voranzutreiben. Im Ausgleich dazu werden Chinesen von chilenischen Fachleuten in Evaluierung und Planung von Hydroenergievorkommen ausgebildet werden.

...und die BRD?

Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als hätte die Bundesrepublik Deutschland bzw. einige ihrer Exponenten keinerlei Dreck am Stecken bezüglich der "ausgesprochen herzlichen" Kontakte zu Chile, sei hier noch folgendes nachgetragen:

Mitte Oktober weilte der chilenische Planungsminister Miguel Kast in Würzburg zu Besuch bei einer Tagung über "Probleme der Sozialen Marktwirtschaft" unter der Leitung von dem würzburger Soziologieprofessor Lothar Bossle. Bossle ist CSU-Mitglied und Vertrauter des Ex-Kanzlerkandidaten und bayrischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauss.

Auf der diesjährigen 18. Internationalen Messe Santiago (FISA) in Santiago de Chile werden 75 bundesrepublikanische Firmen, vorwiegend aus dem Bereich des Maschinen- und Fahrzeugbaus, beteiligt sein. Die Fisa gilt in Fachkreisen als eine der wichtigsten Messen auf diesem Gebiet in Lateinamerika.

Erklärung der CUT

Unterstützen wir den Kampf der polnischen Arbeiter!

Seit Juli und August dieses Jahres wird Polen von hunderten von Streiks erschüttert, die das öffentliche Leben im Land fast völlig zum Erliegen gebracht haben. Die polnischen Arbeiter unter der Führung des MKS (zentrales Streikkomitee) fordern gewerkschaftliche Freiheit und wirtschaftliche Verbesserungen angesichts der Preissteigerungen bei Lebensmitteln. Die polnischen Streikenden fordern: Garantie des Streikrechts, keinerlei Repressalien gegen die Streikenden, Respektierung der Meinungsfreiheit, Beendigung der Zensur und Duldung von regierungsunabhängigen Publikationen, Respektierung der Resolution Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über die Freiheit der Gewerkschaften, die von Polen ratifiziert worden ist, Beendigung der Einmischung fremder staatlicher Organe in die Arbeit der Gewerkschaften, Freie und geheime Gewerkschaftswahlen, Veröffentlichung aller der Streik betreffenden Gespräche mit den Regierungsvertretern durch Presse, Rundfunk und Fernsehen im ganzen Land.

Nachdem der Beauftragte des chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT für die Bundesrepublik die Ereignisse in Polen unter dem Aspekt des proletarischen Internationalismus, dem die chilenischen Arbeiter immer verpflichtet waren, analysiert hat, wurde beschlossen, sich mit den polnischen Arbeitern und ihren gerechten Forderungen zu solidarisieren. Die Führung der Bewegung durch das zentrale Streikkomitee wird als positiv begrüßt.

CUT- Bundesrepublik Deutschland

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

Diktatur und Erziehungswesen

Die Militärdiktatur hat dem gesamten Erziehungswesen von Anfang an immer wieder ihre besondere 'Aufmerksamkeit' gewidmet. Während die Situation bis 1973 dadurch gekennzeichnet war, daß eine bereits von der christdemokratischen Regierung 1965 eingeleitete Schulreform die Primarerziehung (Grund- und Hauptschule) von 6 auf 8 Jahre ausdehnte, das Schulbauprogramm forcierte und das Angebot an Stipendien ausweitete, während unter Allende die Zahl der Kinder und Jugendlichen (6 bis 18 Jahre), die eine Schule besuchten, nochmals anstieg (1970: 82% - 1973: 92%), fiel die Schülerzahl seit 1974 relativ und seit 1975 auch absolut ab - als Folge einer Einsparungspolitik, die sich vor allem auf dem sozialen Sektor auswirkte und die gleichzeitig für eine sich verstärkende elitäre Tendenz in der Schulpolitik sorgte (vgl. Nr. 44, Chile-Nachrichten, Dez. 76).

An den Universitäten reichten solche administrativen Maßnahmen nicht aus, so daß es zu mehreren politischen Säuberungswellen kam (vgl. LN-Nr. 79). Unser heutiger Bericht befaßt sich mit der jüngsten Entwicklung im Grund- und Hauptschulbereich.

Umstrukturierung und Privatisierung des Schulsystems

Am 13. Juni wurde im offiziellen Regierungsgesetzblatt das Gesetzesdekret Nr. 1-3063 veröffentlicht. Es enthält allgemeine Normen über Aufgaben, die zukünftig den Kommunen übertragen werden; davon betroffen sind das Erziehungs- und Gesundheitswesen. Die wichtigsten Auswirkungen dieses Gesetzesdekretes im Grund- und Hauptschulbereich sind folgende:

- Die Verantwortung für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes geht vom Staat auf die Kommunen über (Art. 1).
- Inhaltsgebung, Überwachung und Kontrolle verbleibt im Erziehungsministerium, der Verwaltungsbereich geht an die Gemeinden über oder an von der Gemeindeverwaltung bestimmte Privatpersonen (Art. 3).
- Finanzielle Ausgaben für den Schulbereich durch die Gemeindeverwaltung dürfen die bis jetzt unter staatlicher Verwaltung getätigten nicht überschreiten (Art. 8,2)

Das Dekret nr. 4002 legt die inhaltlichen Ziele der schulischen Erziehung fest:

Pflichtfächer sind die nationale Sprache (idioma patrio) Spanisch, Mathematik, Geschichte und Geographie Chiles, um in der Erziehung zum mündigen Staatsbürger die Pflichten und Rechte des Schülers eingehend zu vermitteln.

- Neu aufgenommen wurde das Wahlpflichtfach 'Erziehung zum sittlichen und moralischen Verhalten der Schüler'.
- Englisch, Französisch und Deutsch sollen gelehrt werden, wenn ausgebildete Lehrer zur Verfügung stehen.
- Politische und ideologische Aufgaben der Erziehung:
  Vermittelt werden sollen die besten Werte der nationalen Kultur und Tradition, sowie des Christentums und der westlichen Welt.

Eine pluralistische Gesellschaft (pluralismo) marxistischer Prägung sei als 'falsche und utopische Doktrin' nicht Ziel des Unterrichts. Erziehung zu Toleranz gegenüber Personen, nicht aber Doktrinen sei zu fördern. Der Begriff 'Demokratie' verschwindet aus dem Lehrplan (=Leerplan) und gilt nicht mehr als Wertmaßstab und historische Realität Chiles.

Wirtschaftsmodell und Erziehungswesen

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Militärjunta unter 'Führung' von General Pinochet folgt seit geraumer Zeit dem ultraliberalen Wirtschaftsmodell Milton Friedmans, das die chilenische Regierung rigoros durchsetzt. Es hat die schmutzige Aufgabe, die Reichtümer des chilenischen Volkes an multinationale Konzerne zu 'verschenken' und mit Hilfe des Militärapparates eine Politik zu betreiben, die gegen die Interessen des Volkes gerichtet ist. Ausländisches und nationales Kapital profitieren an diesem Modell und übergehen - aus wirtschaftlichen Interessen - die daraus resultierenden katastrophalen Auswirkungen auf die breite Masse des chilenischen Volkes.
Die Übertragung der Verantwortung der schulischen Erziehung auf die Kommunen ist in diesem Gesamtkontext zu sehen und muß aus diesem Zusammenhang heraus diskutiert werden.

Für die Lehrer hat die Einführung des neuen Erziehungsmodells viele negative Folgen. Sie verlieren den Beamtenstatus und werden zu 'Gemeindeangestellten'. Die Bezahlung wird je nach Gemeinde verschieden sein. Sie ist abhängig von den finanziellen Mitteln, über die die Gemeinde verfügt. Die Lehrer sind dem diabolischen Spiel zwischen Angebot und Nachfrage ausgeliefert. Denn in den reichen Gemeinden (Las Condes, Providencia: Vororte von Santiago, in denen die Bourgeoisie wohnt) werden sich mehr Lehrer bewerben als in den armen (Pudahuel, La Bandera: Slums). Die hohe Nachfrage wird aber die Löhne drücken, oppositionelle Lehrer werden entlassen. Die armen Gemeinden werden an Lehrermangel leiden, da die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten noch schlechter sein werden als sie sowieso schon sind. Wenn wir die Tatsache in Rechnung stellen, daß das Preisniveau mit dem der BRD vergleichbar ist, teilweise sogar höher liegt (1 kg Brot = 1,50 bis 1,80, 1 l Milch = ca 2 DM, 1 kg Bohnen = 4 DM, 1 kg Reis = 3 DM), die Mieten bis zu 80% des disponiblen Einkommens verschlingen, so wird die unmögliche Situation der Lehrer (übrigens vieler anderer Schichten auch) erst richtig deutlich.
So müssen die meisten Lehrer nachmittags an Privat- oder Abendschulen unterrichten, um nicht hungern zu müssen und ein Dach über dem Kopf zu haben. Ihre Situation wird mit dem neuen Modell katastrophale Ausmaße annehmen. Im Bereich des Arbeitsrechtes sind sie genau so wenig abgesichert: sie müssen den Gemeinden auch während der Ferien zur Verfügung stehen, z.B. bei Verwaltungsarbeiten, die in keinem Zusammenhang mit ihrem Beruf stehen.

Die mit der Dienstdauer automatisch einhergehende Beförderung wird annulliert. Im Falle einer Entlassung mit späterer Wiedereinstellung muß ein Lehrer (z.B. nach 20 Jahren Dienstzeit) wieder auf dem gleichen Niveau anfangen wie ein frischgebackener Universitätsabgänger. Fortbildungskurse sind kein Recht mehr, sondern der eigenen Initiative überlassen; im Klartext heißt dies, daß es von der Zeit abhängt, mehr aber noch von den finanziellen Mitteln, die ein Lehrer dafür aufwenden kann. Wenn wir aber die

Einkommen der Lehrer ins Verhältnis zum Preisniveau setzen, wird deutlich, daß für Fortbildungskurse kein Geld übrig ist. Aufgrund des Subsidiaritätsprinzips besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den in den Kommunen produzierenden Unternehmen. Diese geht soweit, daß private Unternehmen Mitträger der Verwaltung werden. Geht die Erziehung nun an die Kommunen über, hat auch die Privatindustrie, d.h. das Kapital, Einfluß auf den Inhalt der Erziehung, Lehrer sind in Extremfällen einfache Angestellte von Unternehmen. Auch im Bereich der nationalen Lehrergewerkschaft wird dieses Dekret negative Folgen zeitigen. Die finanzielle und arbeitsrechtliche Abhängigkeit der Lehrer von Kommunen und Industrie wird die Gewerkschaftsarbeit atomisieren, Forderungen der Lehrer können nur noch die jeweilige Schule oder Gemeinde betreffen, nicht mehr alle Lehrer Chiles, was die Arbeit und Organisation der Gewerkschaft noch mehr schwächt.

Bedeutung der »Munizipalisierung«

Zuerst ein Zitat des Erziehungsministers: "Die Munizipalisierung trägt dazu bei, den seit Jahrzehnten aufgeblasenen staatlichen Erziehungsapparat, der von sozialistischen und parteipolitischen Konzeptionen getragen war, endlich zu rationalisieren."
Sind die Gemeinden dieser Rationalisierung aber gewachsen? Sie sind doch nur ein Teil der Zentralverwaltung der Militärregierung, der militärischen Gerichtsbarkeit unterstellt, die Bürgermeister direkt von den Militärs eingesetzt (also nur ihnen verantwortlich und nicht dem Volk gegenüber) und gänzlich bürokratisiert. Die Gemeinden sind jetzt schon total überfordert und kommen ihren eigentlichen Aufgaben nicht mehr nach: Abfallbeseitigung, Verkehrsführung, Wohnungsbau etc.; die Nachbarschaftsvereinigungen und Mütterzentren wurden gleichgeschaltet, ehemalig progressive Vertreter verhaftet, gefoltert, ermordet oder verschwunden, die Kontrolle ist total. Auch im Erziehungsbereich bedeuten diese Maßnahmen eine Konzentrierung der Macht, mehr Kontrollmöglichkeiten und keineswegs eine Dezentralisierung, wie behauptet wird.
Staatliche werden also zu subventionierten 'Privat'-Schulen, für die Schulgeld bezahlt werden muß. Die Ausbildung der Kinder steht deshalb auch in direktem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Eltern. Die Schule wird zum Selektionsbetrieb zwischen Reichen und Armen und noch mehr für die Menschen, die in extremer Armut leben und die Erziehung der Kinder nie bezahlen können. So wird Schule aus wirtschaftlichen Interessen zu einer sozialen Hierarchisierungs-, Diskriminierungs- und Desintegrationsinstanz, die dem Prinzip der Chancengleichheit für alle Kinder entgegenläuft. Durch die Einflußnehme der Privatindustrie in den Schulbereich werden nur noch Kapitalinteressen eine Rolle spielen, nur noch die Bereiche unterstützt werden, die die Finanzierung der Schulgelder garantieren können, d.h. Angehörige der Polizei, des Militärs, der mittleren und Großbourgeoisie und der Landoligarchie. Die Lehrer, die versuchen, dagegen anzukämpfen, riskieren in verstärktem Maße Entlassungen. Die Möglichkeiten, eine Opposition dagegen aufzubauen, sind gering. Der Weg wird lang, holperig und kurvenreich sein.
Es ist nicht nur ein Kampf gegen das neue Schulsystem, gegen die Angst vor Repressalien, Gefängnis und Folter und gegen eine unsichere Arbeitssituation; es ist letzten Endes ein Kampf gegen die in allen gesellschaftlichen Bereichen operierende und kontrollierende Militärdiktatur und gegen den alltäglichen Faschismus.
Für uns alle ist es eine moralische Pflicht, insbesondere aber für die Lehrer unter uns, diese Menschen und Kollegen in Chile im Kampf gegen die Diktatur zu unterstützen und unsere Solidarität zu demonstrieren.

PERU

Der sozialdemokratische Michel in Perú

" APRA - eine deutsche Filiale ", "Friedrich-Ebert-Stiftung finanziert Wahlpropaganda der APRA ", "Wie verhält sich die Sozialdemokratie in Lateinamerika? ", " Armando Villanueva (Parteivorsitzender der APRA) - Knecht der Deutschen ", ... Überschriften, entnommen der peruanischen Tagespresse im Frühjahr 1980.

'Die Deutschen' sind ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Jene symbolische Figur des nordamerikanischen Gringos, Onkel Big Sam mit qualmender Zigarre, hat Zuwachs bekommen: Little Schmidt.

Die Bundesrepublik Deutschland taucht wiederholt im Zusammenhang mit ausländischen Wirtschaftsinteressen (-intrigen), Wahlhilfekampagnen, Entwicklungshilfeprojekten ,etc. im Spiegel der Presse auf.
Der gute,brave Deutsche, arbeitsam, bescheiden, auf's Wohl der (deutschen) Menschheit bedacht, wie er als Klischee des deutschen Wirtschaftswunders lange Zeit in den Köpfen der Peruaner lebte, existiert nicht mehr.
Daß Deutschland manifeste wirtschaftliche und politische Interessen in Peru vertritt und über diverse Kanäle - besonders der Parteistiftungen - Außenpolitik betreibt, wurde anläßlich der Wahlen am 18.Mai dieses Jahres besonders deutlich.

Auf der Suche nach Rohstoffquellen ist Peru ein lukratives Land. Ehemals fest in den Händen der USA setzte mit der Militärregierung seit 1969 eine Lockerung der Beziehung zwischen Peru und der USA ein. Anti-US-imperialistische Meinungsmache wurde sogar von Regierungsseite betrieben - freilich nie konsequent umgesetzt. Die BRD sah in Peru die Möglichkeit,eine "Stellvertreterpolitik" zu betreiben, bei der ihre eigenen Interessen (Rohstoffquellen/Erschließung von Absatzmärkten) nicht zu kurz kamen. Zudem eröffnete der deutsche Einfluß auf Peru der Sozialdemokratie Einfluß auf die Länder des Andenpa ktes.

In diesem Zusammenhang muß die deutsche Außenpolitik der sozialdemokratischen Regierung auch im Rahmen der gemeinsamen Strategie der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika gesehen werden.
Die wesentlichen Charakteristika dieser Politik sind:
- die Unterstützung sozialreformistischer Tendenzen wie z.B. in Nicaragua durch die Unterstützung der Terceristen-Fraktion
- die Förderung eines Demokratisierungsprozesses im Sinne des westlichen Demokratieverständnisses.

Dies bedeutet Pa-ktieren gegen Diktaturen wie z.B. der Somoza-Regierung, deren Politik langfristig nicht im Sinne der Sozialdemokratie lag, andererseits aber der Versuch, revolutionäre Kräfte auszuschalten. Nicht "dem Volke dienen", sondern der Mittelschicht buckeln!
Während mittelamerikanische Länder wie z.B. Nicaragua von dem linken Flügel der Sozialistischen Internationale (der schwedischen SP) "betreut" werden, ist Peru "Operationsfeld" der deutschen SP die bekanntlich dem rechten Flügel der SI zuzurechnen ist.

Warum aber unterstützte die deutsche Regierung direkt oder indirekt über die SPD bzw. ihre Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, gerade die APRA ? Eine Partei entstanden aus den Kämpfen der Arbeiteraristrokratie der Zucker- und Baumwollenklaven an der Küste mit ehemals antiimperialistischen Forderungen , die aber zum Zeitpunkt der Wahl eindeutig zum rechten Flügel des peruanischen Parteienspektrums zählte? Eine Partei, die vor allen Dingen in den Reihen der Militärs Rückhalt gefunden hatte und mit den Militärs ein Regierungsbündnis anstrebte. Im Wahlkampf bediente sie sich offen faschistischer "Meinungsmache": Ihre Schlägertrupps (Buffalos) zogen aus, um sowohl rechte wie linke Gruppierungen, Parteien oder Personen zu verprügeln bzw. unbeliebte Personen zu beseitigen.
Der Wahlsieg der Acción Popular wurde zu einem Teil erst möglich durch die Angst breiter Bevölkerungsschichten vor einer Machtübernahme durch die APRA (ähnlich wie in der BRD Schmidt bzw. die FDP gewählt wurde, um die Wahl von Strauß zu verhindern).

Die APRA war zum Zeitpunkt der Wahl die enzige größere Partei, die bundesdeutsche Macht- und Wirtschaftsinteressen zu realisieren versprach:
- sie stand in keiner direkten Allianz mit der USA wie z.B. die Acción Popular, die eindeutig nordamerikanische Interessen in Peru vertritt und aus US-Quellen ihren Wahlkampf finanzierte,
- sie hatte ihre revolutionären, volksnahen Ziele längst aufgegeben, um zugunsten der Mittelschicht der Bürokraten und Militärs zu operieren.

Die Unterstützung der APRA durch die SPD bzw. der von ihr finanzierten Institutionen verlief direkt über
- die Finanzierung der Wahlpropaganda im Fernsehen (mit schmissiger deutscher Marschmusik bekannt aus der Zeit des Nationalsozialismus)
- Finanzierung der Jugendorganisation der Partei (Ausstaffierung mit Uniformen, Versorgung mit Propagandamaterial für die Umzüge)

indirekt über
- die Unterstützung von Intellektuellen der renomierten peruanischen Universitäten und Institute zur Erstellung von Parteistudien, Wahlprognosen und der Herausgabe einer Broschüre "Leitfaden für den Wähler",der in ganz Peru billigst verbreitet wurde,
- der Herausgabe einer sozialwissenschaftlichen Zeitung,
- Förderung von Forschungsvorhaben.

Ein anschauliches Beispiel für die SPD-Politik in Peru ist die Herausgabe des "Leitfadens für den Wähler". Durch die finanzielle Unterstützung mit 60 000,- DM sollte ungefähr ein Monat vor der Wahl ein Fragebogen ausgearbeitet werden, um die 15 größten Parteien über ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konzepte zu befragen. Die

Fragebögen wurden verschickt und von Seiten der APRA erfolgte keine Beantwortung der Fragen - Folge der Konzeptionslosigkeit der Partei (bis zu diesem Zeitpunkt war auch noch keine Wahlplattform , geschweige denn ein zukünftiges Regierungsprogramm erschienen).
Erst durch den direkten Druck durch Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung beantwortete die APRA-Zentrale die Fragebögen wie gefordert und die Veröffentlichung des"Wahlführers" konnte noch kurz vor den Wahlen geschehen (Guía del Elector, publicado por el Centro de Investigación de la Universidad del Pacífico y la Fundación Friedrich Ebert abril 1980).

Die APRA konnte die Hoffnung auf einen Wahlsieg, die von Seiten der deutschen Sozialdemokratie in sie gesetzt wurden, nicht erfüllen.
Als die Wahlniederlage der APRA abzuschätzen war bzw. nach dem 18. Mai der Sieger Belaúnde Terry der Acción Popular feststand, half nur noch das schnelle Umschwenken auf den politischen Sieger: deutsche Bundestagsabgeordnete beglückwünschten auf ihrer Reise Ende Mai durch Lateinamerika den noch nicht zum Präsidenten gekürten Sieger und führten "freundschaftliche Gespräche". Angebote im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe zu diesem Zeitpunkt sollten für ein gutes Verhandlungsklima zugunsten der BRD sorgen.

Der Oportunismus der SPD-Politik zur Durchsetzung bundesrepublikanischer Interessen ist offensichtlich: wird in Nicaragua mit politischen Gruppierungen paktiert, die in der BRD dem Extremistenerlaß zum Opfer fallen würden, wurde in Peru mit einer Partei zusammengearbeitet, die im bundesdeutschen Wahlkampf von der SPD als schmutzige Straußsympatisanten bezeichnet worden wären.
Das Bild von dem "Deutschland der 80er Jahre" ist trüb für die Peruaner. Und so lautet ein Komentar zu den bundesdeutschen Wahlen im Herbst:" Die neonazistische Versuchnung - 44,5% der Deutschen wählten nicht die Demokratie, sondern die Wiederauferstehung des Nationalsozialismus!" Es wird gesprochen vom "Terrorismus des bundesrepublikanischen Staates" unter der Führung der Sozialdemokratie, die verantwortlich ist für die Verstärkung "antidemokratischer" und "autoritärer" Tendenzen in der BRD. "Ein viertes Reich?" (MARKA No.174, 9.oct. 1980)

Schmidt während seines Staatsbesuchs in Peru beim Besuch der Constituyente (Verfassungsgebende Versammlung)zusammen mit einem Vertreter der APRA

KUBA

Methoden der CIA-Kriegsführung gegen Kuba

Der Artikel wurde von Jaap van Ginneken, einem niederländischen Sozialwissenschaftler, zusammengestellt, der sich außerdem noch als politischer Journalist und Experte für sozialistische 3.-Welt-Länder begreift. Er hat zwei Bücher geschrieben: das eine handelt von der Linken während und nach der chinesischen Kulturrevolution : "The Rise and Fall of Lin Piao (and Chiang Ching)", Penguin London 1976 - das andere handelt vom Konflikt zwischen China, Vietnam und Kampuchea: "The Third Indochina War", dto. Außerdem schrieb er zahlreiche Artikel zu Kuba, das er zuletzt 1979 besuchte. Wir veröffentlichen den Artikel deshalb, weil wir die Informationen für wichtig und die angedeuteten Einschätzungen für diskussionswürdig halten.

Das Tagesgeschehen in Havanna zeigt, daß Castro und andere kubanische Führer schwerwiegende Fehler im politischen und ökonomischen Bereich gemacht haben. Was den letztgenannten Aspekt angeht, so hat das Land mehrmals durch irrtümliche Planungen riesige Erträge verloren, die durch die Reduzierung des privaten Konsums auf ein Minimum ausgeglichen werden mußten. Weiterhin verfestigte sich durch das Beibehalten der 'Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Blocks' der Status des Rohstoffexporteurs und Industriegüterimporteurs'.
Daraus resultierte eine Abhängigkeit von der UdSSR auf der Basis eines ungleichen Tausches, die weitestgehend der früheren bezüglich der USA gleicht. Allerdings lag einer der wesentlichen Gründe für diese neue Abhängigkeit in der US-amerikanischen Blockadepolitik - einschließlich der heimlichen Komplizenschaft einiger europäischer Länder. Ein anderer Grund war der heimliche Wirtschaftskrieg des CIA, den dieser Geheimdienst gegen die Insel in Gang setzte und innerhalb dessen alle Arten neuer Waffen erprobt wurden: chemische, bakterielle und meteorologische.
Das wesentliche dieser Waffen liegt darin, daß sie zur Destabilisierung sogenannter 'unfreundlicher Regime' eingesetzt werden können, ohne daß diese Länder sich dessen bewußt bzw. nicht in der Lage sind, der Weltöffentlichkeit schlüssige Beweise vorzulegen. Selbst Enthüllungen einzelner Dissidenten über den Einsatz dieser Waffen können stets plausibel dementiert werden. Nur wenn mehrere solcher Dissidenten unabhängig voneinander fast identische Aussagen machen, beginnt die Öffentlichkeit, tiefergehende Fragen zu stellen.
Eine derartige Situation trat nun ein. In den letzten Jahren haben vier voneinander unabhängige Veröffentlichungen durch ungefähr die doppelte Anzahl ehemaliger CIA-Agenten den zeitweiligen Behauptungen von Castro unmißverständlich zur Glaubwürdigkeit verholfen. Dies bedeutet, daß der CIA ständig chemische, bakterielle und meteorologische Waffen gegen die kubanische Wirtschaft eingesetzt hat: in spezifischen Wirtschaftsbereichen und kritischen Momenten, um ein Maximum an psychologischer Wirkung zu erzielen. Allerdings sollen diese fragmentarischen Tatsachen heute nicht zur Entschuldigung der Fehlleistungen Castros im ökonomischen Bereich dienen, sondern zur

Erhellung wichtiger Ergebnisse der Vergangenheit beitragen - lebenswichtig nicht nur für Kuba, sondern im gleichen Maße für andere Länder.

Wirtschaftskrieg auf chemischer Basis

Ein Insider schrieb: "Dieses ökonomische Sabotageprogramm begann 1961, und die Koordination der Kette von Entscheidungen lag beim Präsidenten - so der Berater von Kennedy, Richard Goodwin. Auf Seiten des CIA 'trug der Chef des CIA, John McCone, das Seine noch dazu bei' - so der ehemalige Vize dieser Organisation, Ray Cline. Cline stellt auch fest, daß McCone die ständigen Befehle an alle ausländischen CIA-Stationen umschrieb, um ein oder zwei Urteile miteinzubeziehen, was ein kontinuierliches Programm zur Störung der kubanischen Wirtschaft autorisierte. Dadurch wurde der Handel Kubas zur permanenten Zielscheibe der Agenten. Diese schriftliche Befugnis von McCone wurde nach Meinung von Cline nach dem Tode von Kennedy offensichtlich nicht mehr zur erneuten Billigung durch das Weiße Haus von den CIA-Offiziellen vorgelegt"[2].
Philip Agee, der zwölf Jahre für den CIA in lateinamerikanischen Ländern wie Uruguay, Ecuador und Mexiko gearbeitet hat, und der eingehend mit antikubanischen Aktivitäten befaßt war, schrieb später sein explosives Tagebuch, das ihn in der gesamten westlichen Welt zum Paria (Ausgestoßenen) machte. Es enthält u.a. Enthüllungen über den Einsatz chemischer Waffen gegen Kuba. "Die Sektion Wirtschaftskrieg des Stabes der psychologischen und paramilitärischen Kriegführung (PP-Staff) ist eine Unterabteilung der paramilitärischen Operationen, da seine Aufgabe die Sabotage ökonomischer Schlüsselbetriebe in einem bestimmten Land und die Verweigerung kritischer Importe (z.B. Petroleum) einschließt. Die Verseuchung landwirtschaftlicher Exportprodukte oder ähnliches (z.B. die entsprechende Präparation von Säcken, die für den Export des kubanischen Zuckers bestimmt sind) oder die Manipulation der Ausfuhr von Traktoren, LKW's oder Bussen für das jeweils bestimmte Land werden dann unternommen, wenn andere Maßnahmen zur Verhinderung eines unerwünschten Handels fehlschlagen"[3].
Diese Anschuldigungen werden durch ein anderes Buch bestätigt, das fast zur selben Zeit veröffentlichtwurde, allerdings in schwerwiegender Weise der gerichtlich erwirkten Zensur des CIA unterlag. Die Autoren waren Victor Marchetti, der 14 Jahre lang beim CIA gearbeitet hatte und zum leitenden Assistenten des Vizechefs aufgestiegen war, und John Marks, der als Analytiker und als Assistent im Führungsstab des Direktors und des Außenministeriums arbeitete. Die Autoren veröffentlichten ähnliche Enthüllungen über den Einsatz der chemischen Waffen: "... der CIA versuchte, den Zuckerexport Kubas zu stören, das einen Teil des Programms zur Unterminierung der Regierung Fidel Castro darstellte. Zum einen beabsichtigten die Geheimdienste, daß der CIA riesige Mengen an Zucker erwerben und anschließend in einem bestimmten ausländischen Land als Anbieter auf dem Markt auftreten sollte, um so diesen Markt für den kubanischen Zucker unzugänglich zu machen. Dieser Plan wurde fallengelassen, während im August 1962 ein ernsthafter Angriff gegen den kubanischen Zucker vorgetragen wurde anhand eines britischen Frachters, der von der UdSSR gemietet war und zur Reparatur in Puerto Rico im Dock lag. Die Fracht, kubanischer Zucker für die UdSSR, lagerte während des Trockendockaufenthaltes des Schiffes in einem zollverplombten Lagerhaus. CIA-Agenten brachen in dieses Lagerhaus ein und verseuchten den Zucker mit einer zwar ungiftigen aber stinkenden Substanz".[4]
Schon bald wurden jedoch Versuche in Angriff genommen, von der chemischen zur biologischen Kriegführung überzugehen. John Marks schreibt: "Innerhalb des MKULTRA-Unterprojektes ~~44~~ 143 vergab der CIA ca. 20 000

Dollar pro Jahr an Dr. Edward Bennett von der University of Houston, damit dieser Bakterien zur Sabotage an Petroleumprodukten entwickle. Bennett fand eine Substanz, die, fügt man sie zum Öl hinzu, jede Maschine, in die die Substanz mit eingegeben wird, beschädigt oder zerstört. CIA-Techniker verwendeten 1967 genau diese Art der Substanz, als ein Sabotageteam, zusammengesetzt aus Exilkubanern, nach Frankreich gesandt wurde, um eine Schiffsladung Schmiermittel für Kuba entsprechend zu verunreinigen. "Das verunreinigte Öl sollte Motoren zerstören und wirtschaftliche Zusammenbrüche provozieren", so ein direkt beteiligter Agent. Diese erfolgreiche Aktion war Teil einer weltweiten Maßnahme des CIA, die sich zeitlich von Anfang der 60er bis in die 70er Jahre hinein erstreckte und die Zerstörung der kubanischen Wirtschaft zum Ziel hatte. Die offiziellen Vertreter des CIA schlußfolgerten zumindest in den ersten Jahren, daß ein Umsturz Castros leichter zu bewerkstelligen sei, wenn die Kubaner über ihren Lebensstandard unzufrieden zu machen wären. "Wir wollten Brot aus den Geschäften nehmen, so daß die Menschen hungern sollten", sagte der CIA-Agent, der für die Anti-Castro-Operationen bestimmt wurde. "Wir wollten nachhaltige Rationierungen provozieren und z.B. Leder fernhalten, so daß die Menschen nur noch ein Paar Schuhe pro 18 Monate erhalten sollten".[5]
Die Sabotageakte richteten allerdings nur begrenzten Schaden an den kubanischen Im- und Exporten an und wurden durch den sich ausweitenden Handel mit der UdSSR weitestgehend ausgeglichen. Daher trachtete der CIA danach, Kuba direkt und in größerem Umfang zu treffen: insbesondere in Schlüsselsektoren der Wirtschaft und kritischen psychologisden Momenten - das Ziel bestand in der wachsenden Frustration der Bevölkerung über das Verfehlen der Produktionsziele oder das Fehlen von Konsumgütern. Einerseits war es außergewöhnlich schwierig, offen in signifikantem Maße Zerstörungen zu verursachen; trotz allem hatten die USA keinen offenen Krieg erklärt und die kubanische Luftverteidigung wurde schrittweise verbessert. Andererseits gab es einen wichtigen spezifischen Umstand: Kuba ist eine Insel und eröffnet daher Möglichkeiten, neue Formen der heimlichen, naturalen Kriegführung zu erproben, ohne substantielle Gefahr für angrenzende, sog. befreundete Länder.

Heimliche naturale Kriegführung

Den ersten Verdacht über solche Versuche sprach Fidel Castro 1964 aus: "Wir ziehen die Möglichkeit in Betracht, daß der Imperialismus den Einsatz noch brutalerer und inhumanerer Agressionsmittel erprobt: der Einsatz bakteriologischer Waffen und Viren gegen unsere Wirtschaft und unsere Menschen." Laut einem Kommuniqué wurden Einwohner der Stadt Sancti Spiritus, in der Nähe der 'Escambray mountains', in der Provinz Las Vilas, am vergangenen Freitag zwischen 10 und 10.30 Uhr alarmiert "durch eine große Anzahl funkelnder Objekte in der Atmosphäre, die herabsanken". Weiter heißt es: "Augenzeugen, einschließlich Mitglieder der Streitkräfte, fanden heraus, daß es sich um Ballons verschiedener Größe handelte, die anscheinend aus großer Höhe kamen , sich beim Kontakt mit dem Boden auflösten und dabei eine gelatinartige Substanz hinterließen ... die sich rasch auflöste - ähnlich der Substanz, die bei bakteriologischen Kulturen verwandt wird." Castro sagte, daß nachfolgender heftiger Regen ein Sammeln von Mustern für beweiskräftige Tests verhindert hat, die Umgebung jedoch unter Beobachtung gestellt wurde.[6]
In den folgenden Jahren trug Castro keine derartigen Anschuldigungen mehr vor, wahrscheinlich auf Grund des Fehlens eindeutiger Beweise, was seine Glaubwürdigkeit auch lediglich weiter unterminiert hätte. Daß der Verdacht jedoch sehr ernst genommen wurde, verdeutlicht die Tatsache, daß ab der zweiten Hälfte der 60er Jahre ausländ-

dische Besucher, die in das Land wollten, mehrere hygienische Prozeduren über sich ergehen lassen mußten, und selbst Berater der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) genau überwacht wurden.[7] Nachfolgende Entwicklungen bestätigten, daß diese Maßnahmen sehr wohl berechtigt waren.

Meteorologische Kriegführung

Gegen Ende der 60er Jahre wurde ein Großteil der kubanischen Bevölkerung und der Mittel für eine Kampagne zur Produktion von 10 Millionen Tonnen Zucker im Jahr 1970 mobilisiert. Diese Produktionserhöhung sollte ausländische Zahlungsmittel für die lange zurückgestellte Produktionsdiversifizierung und die Ausweitung des privaten Konsums liefern.
Freundlich gesonnene, ausländische Agronomen und Ökonomen begegneten diesem Projekt (10 Mil. Tonnen) zwar mit Skepsis, soll uns hier aber nicht weiter interessieren[8]. Das wesentliche besteht darin, daß sowohl die Regierung als auch die Bevölkerung große Hoffnungen auf das Erreichen dieser magischen Schwelle setzten und daher prädestiniertes Angriffsobjekt des CIA darstellte.
In dieser besonderen Situation wurde eine spezialisierte Firma, die International Research and Technology Corporation, zur Beratung über Möglichkeiten herangezogen, die meteorologischen Bedingungen auf und um Kuba zu manipulieren. Einer der Berater, Lowell Ponte, gab später bekannt, daß "seines Wissens nach CIA und Pentagon im Zeitraum von 1969 - 70 an einem Programm mitarbeiteten, das u.a. Wolkenbildung bei entsprechenden Windverhältnissen umfaßte, um auf diese Weise Regen auf Kuba zu produzieren."[9] Das Ziel bestand darin, lokale und/oder kurze Luftströme in bestimmten, kritischen Momenten während des Wachstums der jungen Zuckerpflanzen zu verursachen - dies würde die Erträge reduzieren, ohne Verdacht zu erregen. Bemerkenswerterweise ereignete sich in diesem Zusammenhang der größte maritime Zwischenfall. Es sanken zwei kubanische Fangschiffe und elf Besatzungsmitglieder wurden acht Tage lang auf der kleinen Insel in der Nähe von William Key von der Exilorganisation Alfa 66 festgehalten, die vom CIA unterstützt wurde.[10]
Es ist nicht vollständig geklärt, ob das Projekt erfolgreich ausgeführt wurde: ein flüchtiger Blick auf verfügbare Daten scheint darauf hinzuweisen, daß in begrenztem Maße tatsächlich schlechte Wetterbedingungen herrschten. Allerdings sind Organisationsprobleme hinsichtlich des Transports und der Verarbeitung der geschnittenen Pflanzen die primären Ursachen für das letztliche Defizit von 1,5 Millionen Tonnen gegenüber dem anvisierten Betrag. Die dadurch verursachte Demoralisierung nahm große Ausmaße an: der größte Zuckerexporteur der Welt mußte den Zuckerverbrauch der eigenen Bevölkerung reduzieren, um die externen Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Rationen wurden stufenweise auf zwei Kilo pro Monat gesenkt. Ein halbes Glas Rum in einem Straßencafé kostete häufig einen ganzen Peso (1 Peso ≈1,5 Dollar). Selbst der Kaffee wurde rationiert auf ein Kilo pro Monat - zusätzlich von schlechter Qualität, da der bessere für den Export bestimmt war. Die Einfuhr von russischem Mehl, Biskuits aus der CSSR und polnischen Fertigsuppen konnte den Mangel an einheimischen Nahrungsmitteln kaum ausgleichen. Die Entwicklung sollte sich jedoch noch weiter verschlechtern.

Bakteriologische Kriegführung

Unter dem psychologischen Aspekt war das Fleisch immer das wichtigste Nahrungsproblem. Vor der Revolution hatte lediglich eine winzige Minderheit der Landbevölkerung jemals Fleisch gegessen, während nach der Revolution und besonders seit die Preise niedrig gehalten wurden,

die Nachfrage anstieg. Über Jahre hinweg versuchte die Regierung, den Fischkonsum zu steigern: der Aufbau einer Fischerei-Flotte zur Steigerung des Fischfangs in der Karibik war sehr viel einfacher als eine größere Bodenfläche für die Viehzucht zu reservieren. Als sich herausstellte, daß diese Kampagne kaum Erfolg zeitigen würde, entschied man sich nun, Geld freizugeben für Investitionen in Geflügel- und Schweinezucht. Das zwar wachsende aber noch begrenzte Angebot an Fleisch war daher eine der wenigen positiven Punkte einer durchschnittlich eher negativen Ernährungssituation im Jahre 1970/71.
Wiederum intervenierte der CIA just in diesem Augenblick.
Eine ungenannte Quelle des Geheimdienstes gab später preis, daß er (die Quelle) 1971 einen Behälter in Fort Gulick erhielt, einem gedungenen Ausbildungslager für subversive und antisubversive Kriegführung in der Panamakanalzone. Dieser Agent wußte über den Inhalt nicht Bescheid und erfuhr erst später, daß es sich um Viren handelte, die afrikanisches Schweinefieber verursachen; ein Virus, der schon durch einfache Nahrungs- oder Wasseraufnahme übertragen werden kann. Drew Fetherston und John Cummings, Mitarbeiter der überregionalen und seriösen Long Island daily Newsday, konnten diese Affaire auf Grund viermonatiger Interviews mit den verschieden, darin verwickelten Personen rekonstruieren. Sie berichteten: "Die Quelle (der Agent) gab an, daß er angewiesen wurde, den Behälter mit dem Virus an Mitglieder einer Anti-Castro-Gruppe zu übergeben. Der Behälter wurde einer Person in der Kanalzone übergeben, die den Behälter in einem Boot übernahm und ihn seinerseits auf ein Frachtschiff brachte, das vor der Küste Panamas lag...
Ein anderer Beteiligter, ein Exilkubaner, der anonym bleiben wollte, berichtete, daß er sich auf dem Frachter befand, als der Behälter mit dem Virus am verabredeten Punkt, vor Bocas del Toro, Panama, an Bord gebracht wurde. Das Schiff transportierte den Virus nach Navassa Island, eine verlassene, kleine, unter US-Hoheit stehende Insel zwischen Jamaika und Haiti. Laut den Aussagen dieses Agenten ging, nach einem Zwischenstop des Schiffes, der Behälter von dort aus nach Kuba und wurde anderen Agenten an der südlichen Küste, in der Nähe der US-Navy-Base Guantanamo Bay, Ende März übergeben. Der Agent auf dem Schiff fügte hinzu, daß er zwar keine offiziellen Vertreter der CIA an Bord sah, aber 'wir werden sehr gut bezahlt, und die kubanischen Exilgruppen haben nicht diese Finanzmittel...' Weiterhin berichtete er, daß er zwar keine Beweise für die Billigung dieser Operation durch Washington habe, aber 'in solchen Fällen geben sie natürlich immer plausible Dementis'".
Sechs Wochen später, am 6. Mai, wurde der erste Fall von Schweinefieber auf Kuba entdeckt. Die Epidemie konnte sich leicht monatelang unentdeckt ausbreiten, da die Behörden auf ein derartiges Ereignis nicht vorbereitet waren. Über eine halbe Million Schweine mußte notgeschlachtet werden, damit der Restbestand von 1,4 Millionen gerettet werden konnte. Die FAO bezeichnete dies als das "alarmierendste Ereignis" 1971, da diese Krankheit zumersten Mal in der westlichen Hemisphäre aufgetreten war. Einige Außenstehende vermuteten allerdings schon damals, daß die Seuche künstlich produziert worden war. Es dauerte jedoch noch Jahre, ehe die Tatsachen ans Licht kamen.

Übereinstimmende Enthüllungen

Erst nach der Niederlage der USA in Indochina und Watergate wurden die ersten Enthüllungen publiziert. Meteorologische Kriegführung in großem Maßstab in den Jahren 1968 bis 1973 gegen Vietnam, Laos und Kampuchea wurden schließlich zugegeben, nachdem dies jahrelang dementiert worden war.[12] Bakteriologische Kriegführung 1952 gegen China und Korea stritt man zwar noch immer ab, aber mehrere Forscher

nahmen die Angelegenheit wieder auf. In diesem neuen Klima waren die Leute auch bereit, zuzugestehen, daß die Anklagen von Agee, Marks und Marchetti im Prinzip richtig waren. Marks publizierte inzwischen ein mit vielen Belegen ausgestattetes Buch über das CIA-Programm zur Kriegführung mit Drogen[14]. Währendessen brachten Nachforschungen des Kongresses die enge Zusammenarbeit des CIA mit der Mafia in mehreren Fällen ans Licht, die die Ermordung Fidel Castros und anderer Führer der Dritten Welt zum Inhalt hatten: mindestens in einem Fall einschließlich bakteriologischer Waffen[15]. Erst danach veröffentlichten Mitarbeiter des CIA Berichte über den Einsatz meteorologischer und bakteriologischer Waffen gegen Kuba.

In diesem Zusammenhang ist noch die Tatsache wichtig, daß diese letztgenannten Ereignisse zu einem Zeitpunkt stattfanden, als mindestens zwei Jahre nach einem offiziellen Dementi Nixons gegenüber dem Einsatz biologischer Waffen durch die USA vergangen waren, und Kennedy vor neun Jahren offiziell militärische Aktionen gegen Kuba vereint hatte. Außerdem stellte sich heraus, daß entgegen offiziellen Erklärungen die Bestände der biologischen Waffen nicht vernichtet worden waren. Angesichts dieser Flut von Tatsachen von US-Quellen gab auch Castro seine Zurückhaltung der vergangenen 13 Jahre hinsichtlich des Verdachts einer groß angelegten, heimlichen, naturalen Kriegführung gegen Kuba auf. In einem Interview mit einer europäischen, kommunistischen Zeitung sagte er, daß kubanische Behörden ebenfalls andere Versuche entdeckt hätten, einschließlich des Einsatzes bakteriologischer Waffen gegen den Zucker und die Geflügelzucht[16].

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß es trotz internationaler Verträge[17] keine reale Garantie dafür gibt, daß der CIA nicht von neuem versucht, heftige Regenfälle oder Winde, Ernteausfälle und Viehseuchen in revolutionären Entwicklungsländern zu provozieren. Tatsächlich ist es angesichts dieser Ergebnisse verwunderlich, wie trotz größter Vorsichtsmaßnahmen die "mono azul"-Krankheit ausgebrochen ist, die in dieser Saison die gesamte kubanische Tabakernte zerstörte und die Zigarrenindustrie in einen existenzbedrohenden Stillstand versetzte. Wiederum handelt es sich um ein Schlüsselprodukt für den Export und einen traditionellen, lokalen Konsumartikel; die Rationen von vier Zigarren pro Tag für Arbeiter der Tabakindustrie und vier pro Woche für andere mußten bereits auf vier pro Monat gesenkt werden, ehe sie fast auf Null schrumpfen. Momentan sieht man in Havanna viele Menschen mit halb angerauchtem Stümmel – schon fast als Andenken ...[18]

Anmerkungen:

1) Vgl. Jaap van Ginneken, Cuba and sugar - the old and new dependence, in: scientific magazine "Intermediair" (Amsterdam), 14. Dez. 1979
2) John Marks, The Search for the Manchurian Candidate - The CIA and Mind Control, New York Time Books, 1979, S. 198, Fußnote
3) Philip Agee, Inside the Company - CIA Diary, Penguin London 1975, S. 84
4) Victor Marchetti & John D. Marks, The CIA and the Cult of Intelligence, Dell New York 1974, S. 72
5) John Marks, The Manchurian ..., S. 197 f.
6) R. Eber, Cuba charges US may drop Germs, New York Times, 2. Juni 1964. Vgl. auch: S.M. Hersh, Chemical and Biological Warfare - America's Hidden Arsenal, Bobbs Merrill, Indianapolis 1968, S. 20 f. sowie: Stockholm International Peace Research Institute, The Problem of Chemical and Biological Warfare, Six Volumes, Almqvist & Wiksell, Stockholm 1971, Vol. I, S. 226 f.
7) Persönliche Information des Autors 1978 durch einen ehemaligen FAO-Mitarbeiter in Kuba. Dieser erwähnte, daß es in den frühen 70er Jahren mehrere Fälle gegeben habe, in denen ausländische Experten im Verdacht standen, wissentlich oder unwissentlich verseuchtes Material eingeschleppt zu haben.
8) Vgl. die Artikel von Huberman und Sweezy sowie die Bücher von Dumont und Karol während dieser Zeit.
9) New York Times v. 27. Juni 1976 und das Dementi des Pentagon v. 28. Juni. Vgl. auch eine AP-Meldung v. 28. Juni, veröffentlicht in International Herald Tribune v. 29. Juni 1976.
10) Zum Ernteproblem und dem Seezwischenfall vgl. die englischsprachige, wöchentliche Publikation des kubanischen Parteiorgans Granma v. 31. Mai 1970 sowie vorhergehende Ausgaben.
11) Drew Fetherston & John Cummings, CIA tied to Cuba's '71 pig fever outbreak, Newsday v. 9. Jan. 1977. Der Artikel erschien auch in Le Monde und anderen Publikationen.
12) Arthur H. Westing, Ecological Consequences of the Second Indochina War, SIPRI/Almqvist & Wiksell, Stockholm 1976, S. 55 ff.
13) Jaap van Ginneken, Bacterial Warfare, The Journal of Contemporary Asia (Stockholm/London) 1977, Vol. 7, Nr. 2
14) John Marks, The Manchurian Candidate ...., Auszüge auch in: The Observer (London) v. 16. Sept. 1979
15) Mittels einer fleischvergiftenden Substanz sollte ein Attentatsversuch gegen den ersten Premier von Kongo/Zaire, Lumumba, gestartet werden. Vgl. Report of the Select Commitee of the US Senate to Study Governmental Operations with respect to Intelligence Activities, Four Volumes, US Government Printing Office Washington DC 1976.
16) Alain Guerin, L'Humanité v. 31. Mai 1977
17) In den vergangenen Jahren wurden von den USA und anderen Ländern internationale Abkommen gegen biologische und meteorologische Waffensysteme unterzeichnet. Dennoch mehren sich in Großbritannien und den USA die Stimmen, die angesichts angeblicher sowjetischer Experminente in biologischer Kriegführung in Sverdlovsk und angeblicher Einsätze von chemischen Waffen in Afghanistan, Laos und Kampuchea die Wiederaufnahme chemischer Waffenprogramme fordern.
18) Anläßlich der Krise im Frühjahr 1980 schrieb das Parteiorgan Granma (englische Ausgabe v. 20. April 1980): "Der Zeitpunkt dieser Aktionen ist nicht zufällig - ebenso wie die Epidemien und Meltaue, die unsere Schweine, unseren Tabak und Zucker betrafen, nicht zufällig entstehen, da - wie in den vergangenen Jahren - der CIA wahrscheinlich seine Finger im Spiel hat."

BOLIVIEN

Forderungen an die Bundesregierung

Hungerstreik im Konsulat des Widerstands

Mit einer von CONADE organisierten Großveranstaltung in der Hamburger Markthalle begann am 22. Oktober ein unbefristeter Hungerstreik im bewachten bolivianischen Generalkonsulat, der bis Redaktionsschluß noch andauert. Zu diesem Hungerstreik hatte der von Bonn abgesetzte bolivianische Generalkonsul im Widerstand Juan Emilio Sanchez und das CONADE Hamburg aufgerufen. An dem unbefristeten Hungerstreik nehmen neben dem Konsul (52), zwölf weitere Frauen und Männer teil. (Die hungerstreikenden Schüler und Studenten, Lehrer(innen), Angestellte Krankenschwestern, Hafenarbeiter, Freiberufler und Akademikerwerden von der Solidaritätswache des Bolivien- Komitees CONADE, die das Generalkonsulat seit dem 25. September bewacht, geschützt.)

Wie konnte es dazu kommen, daß ein hoher diplomatischer Vertreter zur Verwirklichung einer demokratischen Entwicklung in seinen Land einen derart weitreichenden persönlichen Einsatz zeigt und gemeinsam mit der Solidaritätsbewegung den Kampf in Form eines Hungerstreiks aufnimmt? Diese konsequente Haltung des Generalkonsuls als Antwort auf die abwartende Politik der BRD- Regierung bedeutet ein Novum in der Diplomatie. Das Sich- nicht- abfinden mit den bloßen Solidaritätsbekundungen und der verbalen Verurteilung des brutalen Vorgehens der Militärjunta auf der einen Seite und der unterlassenen Unterstützung für die demokratisch gewählte Regierung auf der anderen Seite. Stattdessen hat die Bundesregierung die Junta nach geltendem Völkerrecht defacto anerkannt, indem sie ihren Botschafter nach La Paz zurückschickte. Der Generalkonsul hatte sich von Anfang an geweigert, die Militärjunta zu vertreten und erklärt, er werde solange es gehe im Ausland für ein demokratisches Bolivien kämpfen. Diese konsequente Haltung von Sanchez, die in den diplomatischen Spielregeln nicht vorgesehen ist, führte schon im September zum Entzug seiner Exequatur (konsularische Zulassung) durch das Auswärtige Amt in Bonn. Seitdem arbeitet das Hamburger Generalkonsulat noch enger mit den CONADE- Gruppen zusammen.

Der Bundesregierung wurde schon am 23. Juli anläßlich der Botschaftsbesetzung in Bonn von den CONADE- Komitees ein konkreter Forderungskatalog zu dem Vorgehen gegen die Militärs (LN 85) vorgelegt, dem jedoch bisher kaum politische Schritte folgten: die Großprojekte der öffentlichen und privaten Entwicklungshilfe- Organisationen laufen unverändert weiter (z.B. Blei- Silberhütte Karachipampa). Auch die einstimmig angenommene Resolution des Europa- Parlaments vom 19. September, in der alle Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, Die Militärjunta nicht anzuerkennen, sowie ihr ganz konkret jegliche Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe zu verweigern, hat zu keinerlei Reaktion der BRD-Regierung geführt. Daraufhin sah sich die Hamburger CONADE-Gruppe gemeinsam mit J.E. Sanchez dazu gezwungen, den Forderungen mit deutlicheren Mitteln Nachdruck zu verleihen: der Hungerstreik in Hamburg ist insofern eine notwendige Reaktion.

Einschätzungen von Jaime Paz Samora

Ganz im Gegensatz zu der traurigen Politik der Bundesregierung stehen die Äußerungen von Parteivertretern, die diese am zwölften Tag des Hungerstreiks im Rahmen einer Pressekonferenz abgaben, die von CONADE Hamburg im bolivianischen Genralkonsulat im Widerstand veranstaltet wurde. An der Pressekonferenz nahmen neben Jaime Paz Samora, Vizepräsident der Regierung "der Nationalen Einheit im Untergrund", auch Emilio Sanchez und zahlreiche Politiker, u.a. Peter Paterna, SPD-MdB, Hans Rau, FDP, und Elmar Brock, CDU-Abgeordneter im Europaparlament, teil, die zumindest verbal die Forderungen der CONADE-Gruppen und der Hungerstreikenden uneingeschränkt unterstützten. Diese Forderungen sind folgende:
1) sofortige Rückberufung des deutschen Botschafters aus Bolivien zur Berichterstattung mit dem Ziel der Abberufung.
2) Untersuchung des Vorwurfs der Jungsozialisten, daß der bolivianische Botschafter in Bonn, Alipaz, Kontakte zur bolivianischen Kokain-Mafia unterhalten, und selbst in den Kokain-Handel verwickelt sein soll. Bei Bestätigung Erklärung zur Persona non grata.
3) Erklärung der Bundesregierung über die Einstellung jeglicher Wirtschafts- und Kapitalhilfen, bis zur Änderung der augenblicklich herrschenden Verhältnisse in Bolivien.

Im Mittelpunkt der Pressekonferenz standen Fragen an J. Paz Samora, der nach dem Grund seines Besuches in Hamburg gefragt, erklärte, er wolle Kontakt mit dem Generalkonsul Sanchez sowie dem Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose aufnehmen, um dadurch zum Erfolg des Hungerstreiks beizutragen. Sein Aufenthalt in Deutschland ist im Zusammenhang mit zahlreichen Gesprächen zu sehen, die J. Paz S. in Süd- und Nordamerika sowie in Westeuropa mit Vertretern von Regie-

rungen und sozialdemokratischen Parteien führte. Die Ergebnisse dieser Gespräche bewertete er positiv und betonte, daß inzwischen schon gute Kontakte zwischen der Untergrundregierung und zahlreichen ausländischen Staaten und Parteien bestünden. Sein Treffen mit Willy Brandt entspreche dem Wunsch beider Seiten und diene u.a. zur Vorbereitung des nächsten Treffens der Sozialistischen Internationale im November in Madrid. Auf die Frage nach greifbaren Ergebnissen seiner bisherigen diplomatischen Bemühungen erwähnte J. Paz nochmals die Reaktion der USA. Ferner habe die Schweiz schon zugesagte Gelder eingefroren und die Niederlande die Lieferung von Rüstungsgütern eingestellt. Außerdem sei zu einem Treffen der Präsidenten der Mitgliedsländer der Andenpaktstaaten nicht die Militärjunta, sondern die Untergrundregierung eingeladen worden.

An konkreten Solidaritätshandlungen der Bundesrepublik fehlt es aber bislang. Die Erklärung des Auswärtigen Amtes, es unterhalte nur diplomatische Beziehungen zu Staaten und nicht zu Regierungen, verwies J. Paz mit Recht ins 19. Jahrhundert und meinte, daß diese Auffassung allenfalls zwischen parlamentarischen Systemen gelten könne, nicht aber im Verkehr mit Diktaturen. Die anwesenden Vertreter der politischen Parteien beeilten sich, die Kritik von Paz zu unterstützen, konnten jedoch keine plausiblen Erklärungen dafür abgeben, daß sie ihren Einfluß nicht schon einige Monate eher geltend gemacht und eine entsprechende Politik der Bundesregierung gefordert hatten.

Auf die Arbeit der Untergrundregierung angesprochen, stellte Paz die notwendige Reorganisation der demokratischen und politischen Parteien und der Gewerkschaften als vordringliche Aufgaben dar und sah die größten Probleme in der mangelnden Infrastruktur und der bisher noch unzulänglichen Kommunikation. Die Militärs hätten zwar militärisch gesiegt, jedoch nicht politisch. Nach diesem Sieg beabsichtigten sie zur Zeit, sich auch politisch durchzusetzen, im Gegensatz zur Untergrundregierung, die die Zustimmung der Bevölkerung habe, jedoch noch um die tatsächliche Macht kämpfen müsse. Auf die Frage, ob er nach einer "Selbstsäuberung" der Militärs zu Verhandlungen mit einer zivilen Übergangsregierung bereit sei, stellte Paz die friedlichen Möglichkeiten des Widerstandes in den Vordergrund und bejahte die grundsätzliche Bereitschaft zu Vereinbarungen mit demokratisch gesinnten Militärs. Die Bevölkerung sei jedoch nicht unbedingt auf solche Absprachen angewiesen. Für etwaige Gespräche mit Vertretern der Militärs habe die Untergrundregierung schon konkrete Vorbedingungen festgelegt: - eine Übergangsregierung müßte bei Amtsantritt einen klaren Terminplan für die Machtübergabe an eine demokratische Regierung festlegen - mit Amtsbeginn einer solchen Übergangsregierung müßten alle demokratischen Grundfreiheiten garantiert werden und -die Untergrundregierung dürfe nicht ausgeschlossen werden.

Quellen: Presencia, SAGO, TAZ, Presseerklärungen von CONADE, Eigeninformationen

Spendet für die fortschrittlichen Kräfte im Kampf für die Demokratie in BOLIVIEN

Postscheckkonto Berlin - West , E. Kohut
Nr. 380 087 - 108 ; Kennwort: BOLIVIENSOLIDARITÄT

KOLUMBIEN

Kampagne gegen Amnestie

Vom 15. - 17. August fand in Bogotá das 2. Forum zur Verteidigung der Menschenrechte statt. Während das erste Forum im März 1979 vor allem Dokumente über Menschenrechtsverletzungen zusammengetragen hatte, ging das zweite mehr auf die Ursachen für den Abbau der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten im Lande ein: Ausnahmezustand und Militärjustiz, Militarisierung der ländlichen Gebiete, Einschränkung der gewerkschaftlichen Betätigung sowie die wirtschaftliche Notlage weiter Teile der Bevölkerung. Das wichtigste Thema dieses Forums war die Forderung nach einer Generalamnestie für alle politischen Gefangenen nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Sicherheitsstatuts.

Das Forum brachte eine kampagne in Gang, die von verschiedenen Menschenrechtsgruppen, Parlamentariern, Gewerkschaftern, Hochschullehrern und Vertretern der Kirche unterstützt wurde. Diese Initiative war eine Antwort auf die Ankündigung der Regierung, den im Lande operierenden Guerrillaverbänden Straffreiheit zuzusichern, wenn sie ihre Waffen bei den zuständigen Militärbehörden abgeben...

Dieses Projekt wurde im Juli von der Regierung dem Kongreß zugeleitet und soll von den Parlamentariern als Gesetz verabschiedet werden. Die verschiedenen Guerrillagruppen (M-19, ELN, FARC) wollen der Amnestie nur dann zustimmen, wenn sie auf die bereits Inhaftierten ausgedehnt würde. Diese Forderung wurde jedoch von Präsident Julio Cesar Turbay Ayala strikt abgelehnt.

Die Opposition möchte durch die breitangelegte kampagne größere Teile der Bevölkerung für die Idee einer allgemeinen Amnestie mobilisieren, um damit eine Ausweitung des Gesetzentwurfes durch das Parlament zu erreichen.

Die Menschenrechtsverletzungen gehen weiter

In Bogotá wurde der Sitz der oppositionellen Bewegung FIRMES von paramilitärischen Verbänden überfallen, die einen Bombenanschlag für den Fall androhten, daß diese Organisation ihre Kampagne für die Amnestie fortsetze.

Von Militärpatrouillen wurden im September 8 Personen in Bogotá verhaftet, darunter Studenten, Professoren und Gewerkschafter, ohne daß die Gründe für die Verhaftung genannt wurden. Der Lehrer Raul Eduardo Gomez wurde von der Sicherheitspolizei festgenommen und schwer gefoltert, weil man ihn mit einem Mitglied der Guerrillaorganisation M-19 verwechselt hatte. Er befindet sich wegen der erlittenen Verletzungen im Krankenhaus.

Militäraktion gegen Bauern

Mehr als 8.000 Menschen wurden im August gezwungen, ihre Felder in der Region El Pato (Département Huila) zu verlassen, weil sie Opfer ständiger Bombardierungen durch Militäreinheiten waren. Als Vorwand diente die Bekämpfung von Guerrillaeinheiten, die sich nach Angaben der Bauern in dieser Zone seit 10 Jahren nicht mehr gezeigt haben. Eine Delegation von Einwohnern der Region beklagte sich gegenüber Senatoren und kongreßabgeordenten darüber, daß sie wegen der Bombardements ihre Dörfer verlassen und Schutz in größeren Ortschaften suchen müßten. Auf ihrer Flucht wurden etwa 2.000 Familien auf der Hacienda Balsilla (an der Grenze der Départements Huila und Caquetá) von der Neunten Heeresbrigade eingeschlossen und am Weitermarsch gehindert. Der Gemeinderat der Stadt Neiva, in der zahlreiche Bauern Zuflucht gefunden hatten, sprach sich einstimmig für eine Einstellung der militärischen Operationen aus. In Neiva selbst wurden mehrere Personen von den Militärs verhaftet, weil sie sich für die vertriebenen Bauern eingesetzt hatten.

Eine zweite Delegation von Siedlern und Bauern suchte mittlerweile Präsident Turbay Ayala auf, der von Innenminister Zea Hernandez, Verteidigungsminister General Camacho Leyva und drei weiteren Militärs begleitet war. Der Präsident bekräftigte in dem Gespräch, daß die Truppen nicht vor einer Annanme des Amnestieangebots durch die Guerrillaverbände zurückgezogen werden könnten und bezeichnete die Bombardierungen als bloßen "Flugzeuglärm".

Es ist nicht das erste Mal, daß das kolumbianische Heer das Gebiet von El Pato angreift. Während der Zeit der "Violencia" wurde diese Zone mehrmals heimgesucht. 1955 wurde das Gebiet von Villarica und Galilea systematisch bombardiert, so daß die Einwohner auswandern mußten. 1965 verübte das Militär, assistiert von US-amerikanischen Beratern, unter dem Slogan "Zerstört die unabhängigen Republiken", die schlimmsten Massaker an den Bewohnern der Region. Die Dörfer wurden unter Feuer genommen und bombardiert, wobei zahlreiche Bauern umkamen. Hunderte von Einwohnern wurden verhaftet und gefoltert, der Rest floh in die Städte.
1971 garantierte die Regierung eine freie Rückkehr der Bauern in das Gebiet, und das Heer verpflichtete sich, dort nicht mehr zu intervenieren. Man versprach den Bauern, einen Entwicklungsplan für das Gebiet zu erstellen, Schulen, Krankenstationen, Kreditinstitute und Straßen zu errichten. Keiner dieser Pläne wurde von den Behörden je ausgeführt.

Entgegen den Ankündigungen wurde diesmal erneut ein Angriff auf die Region unternommen, wobei das Argument wiederaufgegriffen wurde, man könne keine "unabhängigen Republiken" dulden.
Die angerichteten Schäden sind gewaltig, weil die Ernte und das Vieh im Stich gelassen werden mußten. Die Mehrzahl der Provinzversammlungen und Gemeinderäte hat sich für eine Entmilitarisierung der Zone von El Pato ausgesprochen.

Es scheint, daß die Offensive gegen diese und andere ländliche Gebiete, darunter auch Indio-Reservate (resguardos) im Cauca und Chocó (vgl. LN Nr. 81 und 86) Teil einer großangelegten militärischen Kampagne darstellt, damit ein Klima der Gewalt erzeugt wird, das die Verwirklichung der geplanten Amnestie unmöglich machen soll.

HAITI

Baby Doc schlägt um sich

Das Regime des haitianischen Präsidenten auf Lebenszeit Jean Claude "Baby Doc" Duvalier genießt wegen der herrschenden Korruption inzwischen auch international keinen Kredit mehr. Aber es ist noch stark genug, die wachsende demokratische Opposition zu unterdrücken. Prominentestes Opfer der neuen Repressionswelle ist der Vorsitzende der Christdemokratischen Partei Haitis (PDCH) Silvio Claude.

Mit völlig leeren Händen kam Anfang Oktober der haitianische Finanzminister Emmanuel Bros aus Washington zurück, wo er neue Kredite auftreiben wollte. Auf Fragen nach dem Verbleib der letzten 20 Millionen Dollar hatte er keine Antwort geben können. Die internationalen Gläubiger Haitis haben inzwischen die Lust verloren, die für jedermann sichtbare Korruption und Mißwirtschaft des Regimes von "Baby Doc" zu finanzieren. Während man sich noch an die üppigen und extravaganten Hochzeitsfeierlichkeiten des Präsidenten im Mai erinnert, erfährt man, daß sogar Hilfsgüter für die Geschädigten des letzten Hurrikans die Reichtümer im Palast des Herrschers vergrößert haben.

Je schwächer aber die internationale Position des Regimes ist, desto härter schlagen die Repressionskräfte um den Polizeikommandeur der Hauptstadt Port-au-Prince, Oberst Jean Valmé, gegen die demokratische Opposition zu.

Die oppositionelle Presse, die in den letzten Monaten immer offener aufgetreten war, steht jetzt unter der Fuchtel eines neuen Pressegesetzes. Nach den Buchstaben dieses Gesetzes soll wahrscheinlich jetzt auch erneut dem Christdemokraten Silvio Claude der Prozeß gemacht werden.

Silvio Claude wurde am 14. Oktober zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahren verhaftet. Erst im Mai war er zum letzten Mal aus der Haft entlassen worden. Mit ihm wurden jetzt seine Familie und 40 Anhänger ins Gefängnis geworfen. Gleichzeitig wurde die von ihm herausgegebene Zeitschrift "La Conviction" beschlagnahmt und verboten. In ihrer letzten Ausgabe hatte diese Zeitschrift neben dem Parteiprogramm der Christdemokraten auf der Titelseite eine aus Exilkreisen stammende Foto-Galerie gestürzter und verstorbener Diktatoren und Gewaltherrscher der Dritten Welt veröffentlicht. "Kein Platz für Diktatoren" stand unter den ausgekreuzten Fotos. In der Mitte aber prangte das Bild des haitianischen Präsidenten mit dem Kommentar "Wie lange noch?"

Silvio Claude, der von bekannten Anwälten aus der Menschenrechtsliga verteidigt wird, soll inzwischen schwer gefoltert worden sein. In den USA und Kanada gab es wegen dieser neuen Verhaftungswelle inzwischen große Protestdemonstrationen. In der Bundesrepublik haben Amnesty International, das Haiti-Informationsbüro und Einzelpersönlichkeiten in Protesttelegrammen an die haitianische Regierung die sofortige Freilassung aller Verhafteten gefordert.

Quellen: Haiti-Informationsbüro, Severinstr. 1, 5 Köln 1.
Latin America Regional Report Caribbean, London.

BRASILIEN

Die Belegschaftsvertretung bei VW do Brasil: «Integration und Harmonie»?

Mit einem autoritär von der Konzernspitze verordneten Vertreter-System für die 46 000 Arbeiter und Angestellten von VW do Brasil versucht der westdeutsche Auto-Multi, die gegenwärtige Schwäche der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung seit dem unterdrückten Streik vom März/April auszunützen und zu zementieren durch die Schaffung eines parallelen, konzernhörigen Syndikalismus.

Es war eines der bestgehüteten Firmengeheimnisse in der Geschichte von VW do Brasil. Nur wenige Auserwählte hatten Kenntnis von dem Projekt, an dem ein Team seit drei Jahren arbeitete. Um so größer war die Überraschung, mit der in Brasilien der Firmenbeschluß über das 'System der Belegschaftsvertretung von Volkswagen do Brasil' aufgenommen wurde.

Der Konzern hatte auch für eine öffentlichkeitswirksame Vorstellung gesorgt: Wolfgang Sauer, Chef von VW do Brasil, hatte die Presse zu einer geheimnisvoll angekündigten Pressekonferenz am 10.9. eingeladen, auf der er die "neue Epoche des Zusammenlebens von Kapital und Arbeit" sowie die Notwendigkeit einer neuen Form des Dialogs zwischen Firmenleitung und Belegschaft verkündete. Die Arbeiter und Angestellten selbst erfuhren von ihrem Glück durch eine Sondernummer der Firmenzeitschrift 'Jornal da Gente', das bei Schichtwechsel verteilt wurde. Als letzte - erst zwei Stunden später - wurde die Metallergewerkschaft von São Paulo informiert.

Der Zeitpunkt, an dem die Arbeitsgruppe mit ihrer Arbeit an dem Projekt begann, fällt just zusammen mit dem Wiedererstehen kämpferischer Gewerkschaften und den ersten Streiks in der Metallbranche in den Jahren 77/78. Es folgte eine Zeit intensiver Studien, in der die Abgesandten des Konzerns in die USA, nach Europa und bis nach Japan reisten, um die örtlichen Betriebsverfassungsgesetze auf ihre 'Anwendbarkeit' in Brasilien zu durchleuchten. Was sie bei all dem Aufwand allerdings nicht taten, war, die angeblich begünstigten Arbeiter und Angestellten von VW, geschweige denn deren Gewerkschaften zu konsultieren.

Auch die Regierung scheint erst relativ spät von den Absichten bei VW erfahren zu haben. Nach anfänglicher Ablehnung willigte der Arbeitsminister Macedo schließlich ein: Die VW-Leitung muß ihn überzeugt haben, daß die künftigen Belegschaftsvertretungen à la VW mit dem von den Gewerkschaften geforderten Vertrauensleute-System nichts zu tun hat und im Gegenteil darauf abzielt, dieser Forderung das Wasser abzugraben - anders ist die regierungsamtliche Zustimmung nicht zu erklären.

Die Sorge des Arbeits(kontroll)ministers ist berechtigt: Was immer bei VW do Brasil als größtem Industriebetrieb Brasiliens (und ganz Lateinamerikas) eingeführt wird, muß im ganzen Land Schule machen.

VW ist mit einem Marktanteil von 53 % der klar führende Automobilproduzent des Landes, darüber hinaus der größte Steuerzahler und - mit Lieferungen in 75 Länder - der größte Autoexporteur. Neben seinem Hauptwerk im Industrievorort São Bernardo do Campo mit ca. 35 000 Beschäftigten unterhält VW zwei kleinere Werke im Stadtbezirk von São Paulo selbst sowie in Tabauté. Insgesamt beschäftigt VW damit in der Groß-Region São Paulo 46 000 Personen direkt; aber sechsmal soviel arbeiten nochmals in Verkaufs- und Kundendienstorganisationen. Dazu kommen noch die Arbeitsplätze in 3700 Zulieferbetrieben. Es ist klar, daß jede 'innerbetriebliche' Änderung der Betriebsverfassung innerhalb dieses Giganten die Sozialpolitik des ganzen Landes beeinflußt, aber darüber hinaus unweigerlich Sog-Wirkung auf die übrige Industrie ausübt: Zu der Ausarbeitung des neuen Vertretungs-Systems waren zum Schluß auch Vertreter der brasilianischen Niederlassung von Mercedes-Benz hinzugezogen; offenbar planen sie eine Übernahme für ihren Firmenbereich.

> Die Regierung von Kuweit hatte Mitte 1980 von dem brasilianischen Mit-Eigentümer Monteiro Aranha 10 % der Aktien von VW do Brasil aufgekauft. Der Kaufpreis soll 115 Millionen US-Dollar betragen haben. Demnach wäre das Unternehmen insgesamt 1,15 Milliarden Dollar wert - imposante 2 Milliarden DM, fast die Hälfte des Aktienwerts des Mutterhauses in Höhe von reichlich 4 Milliarden.

Die Spielregeln: Ich gewinne und du spielst mit

So überraschend wie das Vertretungssystem angekündigt wurde, so schnell wird mit der Umsetzung in die Praxis begonnen. Bereits im November sollen Wahlen stattfinden, und die Gewählten kurz vor Weihnachten ihre Ämter übernehmen. Die mit deutscher Gründlichkeit bis ins Kleinste ausgearbeiteten Bestimmungen (abgedruckt in: Folha de São Paulo 11.9.80 - deutsche Übersetzung kann bei der Redaktion der LN angefordert werden) legen im Wesentlichen folgendes fest:

Die zukünftigen gewählten Belegschaftsvertreter haben die Aufgabe, als Gesprächs- und Informationsorgan zwischen Belegschaft und Firmenleitung zu dienen. Sie sind berechtigt, der Unternehmensleitung "Probleme und Schwierigkeiten" in Bezug auf die Arbeitsbedingungen (Zeiteinteilung, Disziplin, Sicherheit, Transport...), Ausbildung, Sozialwesen und Gesundheitsfürsorge mitzuteilen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Die Entscheidung trifft in jedem Fall die Firmenleitung - Mitbestimmung ist nicht einmal minderheitlich vorgesehen. Zu den wichtigsten Fragen, nämlich Entlohnung, Dauer des Arbeitstages sowie Personalentscheidungen, dürfen sie sich nicht äußern. Insofern ist ihnen die Rolle eines Informationssystems des Unternehmens zugedacht, durch das Arbeitnehmerinteressen nur insoweit zum Zuge kommen können, als sie zufällig mit denen der Leitung übereinstimmen.

Die Wahlen sind direkt und geheim, wählen kann jeder, der mindestens 90 Tage im Betrieb beschäftigt und über 18 Jahre alt ist. Leitende Angestellte und Praktikanten haben kein Wahlrecht. Wählbar ist jedoch nur, wer mindestens fünf Jahre bei VW beschäftigt ist. Dies bedeutet ein Filter gegen kämpferische Kolle-

gen: Bei dem unter den brasilianischen Auto-Multis üblichen Rotationssystem, bei dem jährlich bis zu ein Drittel der Arbeitnehmer entlassen und dann zu schlechtesten Anfangsbedingungen bei einer anderen Firma der Branche wieder eingestellt wird, haben fast nur erprobt firmentreue und 'unauffällige' Kollegen eine Chance, auf eine fünfjährige Betriebszugehörigkeit zu kommen.

Gewählt wird nach Fabrikhallen: Wer kandidieren möchte, muß zuvor mindestens 50 Unterschriften zusammenbringen. Im Hauptwerk São Bernardo do Campo soll die Vertretung aus 17 Arbeitnehmern bestehen, wobei sich die Unternehmesleitung folgende Zusammensetzung ausgedacht hat:

7 gewerkschaftliche organisierte Arbeiter
7 gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiter
3 Angestellte

In den Nebenwerken São Paulo und Tabauté stellen Gewerkschaftsmitglieder, nicht-organisierte Arbeiter und Angestellte je einen Vertreter. Das Unternehmen garantiert dem Belegschaftsvertreter während seiner zweijährigen Amtszeit und bis zu 6 Monaten danach seinen Arbeitsplatz. Für die Wahrnehmung seiner Aufgaben wird er monatlich 50 Stunden freigestellt.

Die Aufteilung zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Organisierten scheint mit seinem Schlüssel von 50 : 50 auf den ersten Blick die Gewerkschaften zu begünstigen, bei denen nur 26 % der Kollegen eingeschrieben sind. Aber erstens stellen diese 26 % mit den höchsten Prozentsatz in ganz Brasilien dar; nach jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Unterdrückung und Bedeutungslosigkeit lag der Organisierungsgrad vor wenigen Jahren noch weit darunter und stieg durch die Mobilisierungen der letzten Jahr rasch auf die heutige Höhe an. Zweitens bewies die neue kämpferische Gewerkschaftsführung durch die großen Streiks der letzten beiden Jahre, daß sie tatsächlich die Unterstützung allet, auch der nicht-eingeschriebenen Arbeiter besitzt. Ohne die Festlegung auf die Hälfte der Vertretungen könnten gewerkschaftlich aktive Kandidaten voraussichtlich nicht weniger, sondern mehr, wenn nicht alle Sitze erringen. Statt dessen werden so die Gewerkschaften faktisch auf eine Minderheits-Beteiligung verwiesen, wenn man die Sitze der Angestellten mitzählt. Und die willkürliche Unterscheidung zwischen organisierten und nicht-organisierten Arbeitern kann man nur so verstehen, daß beide Gruppen gegeneinander ausgespielt werden sollen.

Bezeichnend ist noch, daß jeder Vertreter nur für Arbeitsfragen seines Wahlbezirks sprechen darf, keiner also für Probleme des Unternehmens insgesamt. Eine Klausel schreibt ausdrücklich vor, daß die Vertreter unter sich eine Arbeitsteilung nach Sachgebieten nur mit Zustimmung der Unternehmensleitung vereinbaren dürfen.

Darüber hinaus kann das Unternehmen faktisch jederzeit einen unliebsamen Amtsträger wieder loswerden: Eine "Begleit"-Kommission, in der die Unternehmensleitung eine 4:3-Mehrheit besitzt, entscheidet darüber, ob ein Belegschaftsvertreter "seine Position für andere als die in diesem Beschluß vorgesehenen Ziele ausgenützt" hat und deshalb sein Mandat verliert.

Was diese Ziele sind, ist in der Präambel klar genug beschrieben:

"In Anbetracht der Tatsache", heißt es da, "daß:
(1.1) es gemeinsame Interesse der Beschäftigten und des Unternehmens gibt, die besser ausgeglichen werden können, wenn sie gemeinsam angegangen werden, (1.2) der ständige und konstruktive Dialog das gegenseitige Vertrauen vergrößert, den gegenseitigen Respekt fördert und die Integration und Harmonie im Bereich der Arbeit ermöglicht, (1.3) wirksame und schnelle Entscheidungen leichter erzielt werden, wenn die Lösung des Problems so nahe wie möglich am Ort ihrer Entstehung gesucht wird, (1.4) die Verständigung zwischen Verwaltung und Mitarbeitern verbessert wird, wenn sie sich auf die Mitwirkung von repräsentativen Sprechern stützen kann,
wird das SYSTEM DER BELEGSCHAFTSVERTRETUNG VON VOLKSWAGEN do BRASIL S.A. eingerichtet."

Die Machtverteilung innerhalb dieses ganzen Systems wird schlaglichtartig an seinem § 15 deutlich:

"Die Firma kann zu jedem Zeitpunkt die Bestimmungen dieses Beschlusses ändern oder ergänzen. Ergänzende Bestimmungen und Änderungen dieses Beschlusses, die von den Belegschaftsvertretern vorgeschlagen werden, treten nur nach Genehmigung durch die Firma in Kraft."

Reaktionen und Kritik

Das Unternehmer-Lager reagierte überrascht und unterschiedlich. Während einige Unternehmer des rechtsnationalistisch-konservativen Lagers das System vollkommen ablehnten, fand es bei der Mehrzahl der großen Unternehmerverbände Zustimmung. Auf seiten der Gewerkschaften war dagegen die Ablehnung einmütig, von den regierungstreuen Staats-Gewerkschaftern('pelegos') bis hin zu den kämpferischen neuen Gewerkschaftsführern. So nannte Argeu dos Santos, als Vorsitzender der Metallarbeiterföderation des Bundesstaates von Sao Paulo einer der mächtigsten 'pelegos', das neue System "ein Mittel, um die Interessen des Unternehmens und nicht der Arbeitnehmer durchzusetzen". Und Luis Inácio da Silva ('Lula'), der als Vorsitzender der Metallgewerkschaft von São Bernardo do Campo den großen Streik im April/Mai bei VW und der übrigen Metallindustrie im Industriegürtel von Sao Paulo geleitet hatte und dafür durch Staatsintervention abgesetzt worden war, rief alle Gewerkschafter dazu auf, das neue System zu boykottieren: Es handele sich um ein "Mittel, um die Arbeiter zu spalten und die gewerkschaftliche Position noch weiter zu schwächen. Warum haben sie uns niemals die geforderten Vertrauensleute zugestanden? Wenn andere Unternehmen dem Beispiel folgen, wird daraus ein paralleler Syndikalismus entstehen." - Aus dem fernen Deutschland war die Stimme der IG Metall zu vernehmen, die im Gegensatz zu den brasilianischen Kollegen den Vorstoß der VW-Tochter grundsätzlich begrüßte, jedoch ebenfalls die unter Gewerkschaftlern und Nicht-Gewerkschaftlerns halbierte Personalvertretung kritisierte.

Die Gründe des Systems:

Imagepflege, Krisenmanagement, Gewerkschaftsabwehr

Was bewegt VW do Brasil zu seiner unvermuteten "Pionieraktion" (wie die Firma es nennt)?

Zunächst: Ganz so pioniermäßig ist der Gedanke nicht. Einige brasilianische Unternehmen verfügen bereits über Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute (delegados sindicais). In einem anderen Industrie-Vorort, Guarulhos, gelang es der dortigen Metallarbeiter-Gewerkschaft bereits, das Vertrauensleute-System insgesamt durchzusetzen.

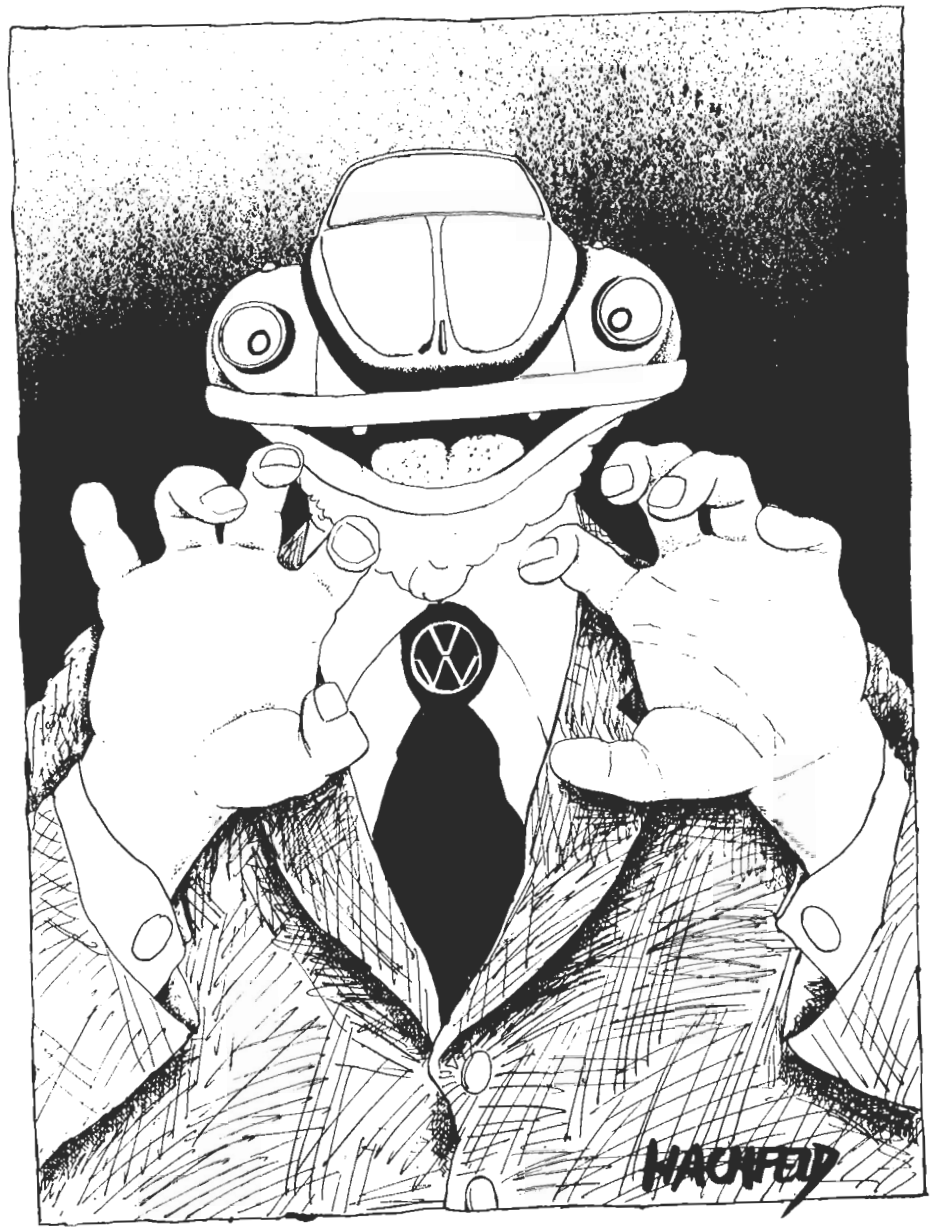
Seit Jahren sieht sich die Unternehmensleitung von VW Brasilien unter Druck gesetzt, auch ihren Arbeitnehmern die Einrichtung eines Betriebsrats und Vertrauensleutekörpers zu gewähren, wie sie nicht zuletzt im deutschen Mutterhaus eine Selbstverständlichkeit sind. Immer hatte das Unternehmen die gewerkschaftliche Forderung mit dem Hinweis auf die bestehende gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung aus den 30er Jahren zurückgewiesen. Man dürfe doch als Ausländer nicht die brasilianischen Gesetze kritisieren! (Daß dieses Argument nur vorgeschoben ist, hat VW durch die neue Maßnahme selbst bewiesen: Als Wirtschaftsgigant besitzt VW do Brasil inzwischen ebenso einen Einfluß auf die Militärregierung wie diese auf ihn.) So gibt es bis heute für die 36 000 Beschäftigten im Hauptwerk ganze zwei Betriebsräte, und nur einer von ihnen ist dafür von der Arbeit freigestellt. Jede gewerkschaftliche Tätigkeit, selbst eine Anschlagtafel im Betriebsgelände sind untersagt.

Unter den Arbeitern gilt VW do Brasil als eine der Unternehmen mit den schärfsten innerbetrieblichen Kontrollen in Brasilien. Sie beginnen mit der strikten Überwachung der aus- und eingehenden Beschäftigten an den Toren und reichen bis zur Zeit-Kontrolle beim Toiletten-Gang. Nach einhelliger Überzeugung gehört die Mehrzahl des Toiletten-Personals der über 700 Mann starken Werkspolizei an und wird dafür bezhalt, die Gespräche der Kollegen zu belauschen. Während der Arbeit gilt in den meisten Abteilungen ein absolutes Redeverbot. Seit 1973 sind auf dem gesamten Werksgelände Fernsehkameras angebracht, die von der Werkspolizei (unter Leitung ehemaliger brasilianischer Offiziere) überwacht werden. Um zu verhindern, daß Arbeiter verschiedener Abteilungen unbeaufsichtigt miteinander sprechen, kleidet das Unternehmen jede Abteilung mit unterschiedlich farbiger Arbeitskleidung ein.

Bei den großen Streiks der letzten beiden Jahre tat VW sich durch besonders gewerkschaftsfeindliches Verhalten hervor: Im März 1979 kampierten 2000 Militärpolizisten auf dem Werksgelände; die Einsatzleitung der Militärpolizei für die gesamte Streik-Region erhielt ihr Hauptquartier bei VW und wurde dort aus der Werkskantine verköstigt. Bei dem 41-tägigen Streik im April/Mai 1980, bei dem es neben Lohnerhöhungen gerade auch um mehr Mitsprache im Betrieb und um die Einrichtung vor Vertrauensleuten ging, war VW einer der 'Falken' im Unternehmerlager. Kaum war der Streik durch Staatsgewalt gebrochen, rollte die Entlassungswelle gegen Dutzende von Streikbeteiligten an... "Die Ergebnisse sind eindeutig: Wo man Volkswagen baut, geht es den Menschen besser." (Werbe-Spruch von VW)

Warum also jetzt der scheinbare Umschwung?

1.) Offenbar hat der Druck - auch aus Westdeutschland - zugenommen. Noch 1974 konnte VW sich mit billigen Tricks aus der Affäre ziehen: Während des damaligen Bundestags-Hearings über die Aktivitäten westdeutscher Multis in der Dritten Welt verkündeten Firmensprecher, in der brasilianischen Tochtergesellschaft gebe es eine Belegschaftsvertretung. Die anwesenden Abgeordneten, Gewerkschafts- und Unternehmervertreter glaubten es - in Wirklichkeit handelte es sich um eine vom Unternehmen selbst zusammengestellte Gruppe braver Angestellter und Arbeiter, die 1973 beim Empfang des neuen Präsidenten



von VW do Brasil, Wolfgang Sauer, als Jubel-Spalier gedient hatten.

So billig kommt VW heute nicht mehr davon: In den letzten Jahren sind mehrfach Gewerkschaftsvertreter aus Brasilien nach Deutschland gereist und haben dort über die Verhältnisse bei VW do Brasil berichtet. Zweimal waren auch deutsche Gewerkschaftsdelegationen in Brasilien, die zwar - schon wegen Sprachschwierigkeiten - hauptsächlich bei der Unternehmensleitung zu Gast waren, dennoch aber die wichtigsten Klagen der Gewerkschaftsseite zu Ohren bekamen. Vom 12. bis 14.Juni 1979 fand in Wolfsburg auf Einladung des Internationalen Metallarbeiterbundes eine Tagung des VW-Weltautomobilausschusses statt, an dem Gewerkschaftsvertreter aus allen Fertigungsländern von VW teilnahmen. Dabei zeigte sich, daß bei VW do Brasil - mit Abstand die größte unter den Auslandsfilialen - die gewerkschaftlichen Vertretungsmöglichkeiten am schlechtesten waren, schlechter sogar noch als in Südafrika. Durch die Streiks der letzten Jahre konnte nun auch die IG Metall-Spitze auf die Nöte der brasilianischen Kollegen aufmerksam gemacht werden.

> Die IG Metall schickte anläßlich des Metaller-Streiks im April/Mai Solidaritätstelegramme und eine fünfstellige DM-Unterstützung. Leider wurde das Geld erst gegen Ende des Streiks losgeschickt und dann noch über die Kanäle des Internationalen Metallarbeiter-Bundes, weshalb das Geld erst Wochen nach Streikende in Brasilien ankam. Der IMB-Delegierte für Lateinamerika FERNANDO MELGOZA übergab es in Belo Horizonte - ein Nebenschauplatz des auf São Paulo konzentrierten Streiks - an den Verbindungsmann der IG Metall und des IMB in Brasilien, JORGE NOMAN. Noman ist Funktionär im regierungsoffiziellen Gewerkschaftsapparat, gehört also zu den 'pelegos', die den Streik gerne verhindert hätten. Die Streikführung um 'Lula', die von der Militärregierung ihrer Ämter enthoben wurden, sowie die entlassenen Kollegen von VW und anderen Betrieben haben bisher keinen Pfennig erhalten.

2.) Darüber hinaus scheint VW insgesamt Sorgen zu haben, inwieweit dem Unternehmen noch geglaubt wird, "Entwicklungshilfe im besten Sinne" (Werbespruch von 1972) zu leisten. Es spricht sich herum, daß VW als ganz normaler kapitalistischer Multi zu betrachten ist, der zwar in seinen kostspieligen Anzeigen-Serien "PRO DRITTE WELT" schreibt (z.B. Hannoversche Allgemeine Zeitung 18.6.80), aber "PROfite aus der DRITTEN WELT" meint. Daß es um nichts anderes geht, wird besonders augenfällig, wenn VW do Brasil Anfang 1980 den Konkurrenten Chrysler Fevre im benachbarten Argentinien schluckt, zur Steuerersparnis einen Großgrundbesitz von 1394 km^2 im Amazonas-Gebiet aufkauft oder im Geschäftsjahr 1978 - getreu der Werbung "VW ist mehr als Autos" - 6o mal mehr Gewinn als Spekulant auf dem brasilianischen Finanzmarkt macht als durch Produktion und Verkauf von Autos.

Man ahnt die Sorge um das Image, wenn VW in der Wolfsburger Mitarbeiter-Zeitung 'Autogramm' (2.11.79) sich unter dem Balken "Wir vertreiben keine Indianer" bemüht, die "Tatsachen über Volkswagen do Brasil und die Rinderfarm am Rio Cristalino" ins rechte Licht zu rücken. Der Artikel beginnt:

> "Brasilien ist 12 000 Kilometer weit weg, und nicht jeder hat den rechten Überblick, was dort unter dem VW-Zeichen geschieht. Viele glauben daher, was an Ungenauem, Falschem und Entstellendem veröffentlicht wird."

Es folgt eine lange idyllische Schilderung des brasilianischen Tochterunternehmens und seiner Rinderfarm. Erhellend ist wieder der Schluß: Ein Sägewerk produziere Bretter, die in São Paulo zur Verpackung von Export-Autos dienten.

> "Einige Monate später zimmern die Nigerianer, wohin die Wagen verschickt werden, aus den zu Schwarzmarktpreisen gehandelten Kistenböden ihre Hütten im afrikanischen Busch."

Wahrlich: Entwicklungshilfe im besten Sinne, ganz PRO DRITTE WELT.

Daß dabei gerade auch der Ruf der Gewerkschaftsfeindlichkeit Sorge macht, wird in einem anderen Artikel ('Autogramm' 8.1.80) über den Besuch des Arbeitsdirektors Briam bei VW do Brasil deutlich. Im Vorspann wieder Klagen über böswillige Kritik:

> "Die weltweiten Aktivitäten des Volkswagen AG haben zuweilen in der Öffentlichkeit zu dem Etikett 'Multi' geführt, das mit gewissen Negativaspekten gleichgesetzt wird. Ein Unternehmen, das größenbedingt derart im Mittelpunkt steht wie wir, hat ohnehin mit oft aus Neid und Mißgunst geborenen Reaktionen zu rechnen, die das Erscheinungsbild 'draußen' verzerren. Um so notwendiger ist es, objektiv gebliebenen Menschen die volle Wahrheit des unternehmenspolitischen Denk- und Handlungsweise immer wieder darzustellen."

In der Rede von Briam vor Führungskräften lautet diese volle Wahrheit dann folgendermaßen:

> "Management und Arbeiter vertreten unterschiedliche Aufgaben und Funktionen. Daraus resultieren vielfach divergierende Interessen, die wiederum zu Konflikten führen können. Ein Betrieb ist schließlich kein Paradies, in dem göttliche Gerechtigkeit herrscht. Konflikte sind nicht zu vermeiden. Es kommt nur darauf an, auf welche Weise sie gelöst werden. Das Management sollte immer bestrebt sein, diese Konflikte zu kanalisieren, damit sie nicht wie ein reißender Fluß über die Ufer treten.
>
> Mir scheint, eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Anerkennung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaft als Gesprächspartner. Ich bekenne mich zu einer solchen Politik des Dialoges, der konträre Interessen und unterschiedliche Funktionen aller Menschen respektiert, die in unserem Konzern zusammenarbeiten. Auf die Dauer führt eine solche Politik der sozialen Verantwortung in ökonomischer Vernunft zum Erfolg, weil sie vulkanische Ausbrüche mit ökonomischen Verlusten und emotionellen Verhärtungen minimiert."

Fortschrittliche Worte für brasilianische Ohren! Das neue System der Belegschaftsvertretung kann als Umsetzung dieses Wolfsburger Auftrags, "Konflikte zu kanalisieren", gesehen werden.

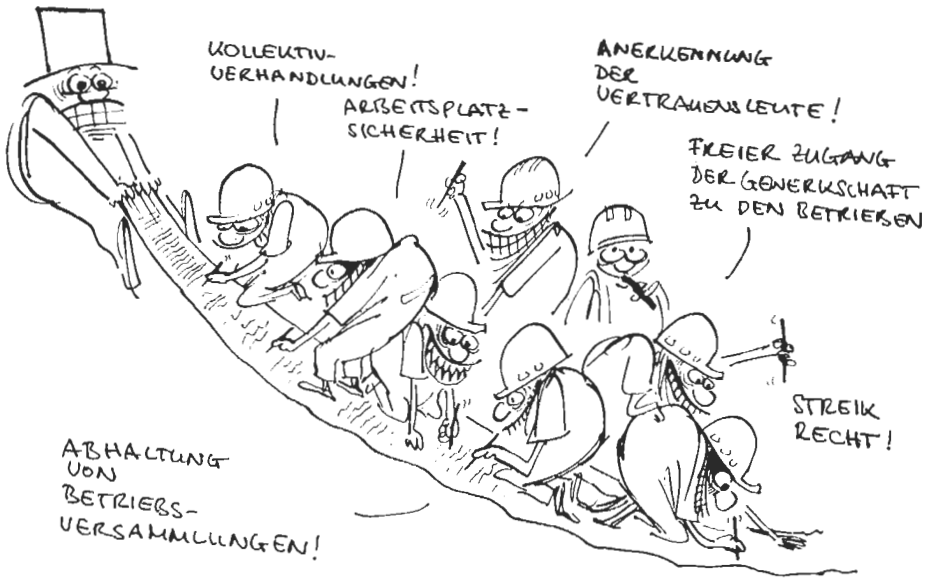
3.) In der Rede Briams klingt noch ein weiterer Grund an: In einem hochtechnifizierten Riesenbetrieb wie VW do Brasil kommt es auf äußerste Beständigkeit und Planbarkeit der Produktion an: Jede Disziplinlosigkeit auch nur eines Arbeiters kann den Produktionsfluß seiner ganzen Abteilung verzögern. Jahrelang konnte in Brasilien diese Disziplin ohne jedes Zugeständnis an die Arbeiter durchgesetzt werden. Seit der 'politischen Öffnung' und dem Wiederentstehen einer Gewerkschaftsbewegung ab 1977 scheint aber eine lückenlose Disziplinierung von oben nicht mehr möglich. Nach dem letzten, niedergeschlagenen Streik haben die Arbeiter angekündigt, ihren Kampf mit Produktionsbehinderungen am Arbeitsplatz weiterführen zu wollen. Offenbar hält man es bei VW do Brasil jetzt für nötig, sich mit geringen Mitsprache-Zugeständnissen eine Art Frühwarn-System zu erkaufen, durch das Mißstimmungen in der Belegschaft

bemerkt und entschärft werden können, bevor sie zu Produktions-Beeinträchtigungen führen.

4.) Vor allem aber geht es offensichtlich darum, den kämpferischen Gewerkschaften des Industriegürtels um São Paulo die Position streitig zu machen. Die Gelegenheit ist günstig: Die Streikführer vom Frühjahr sind abgesetzt, die Gewerkschaft wird von einem Regierungsvertreter verwaltet. Das Unternehmen versucht offenbar, die Belegschaft an die neuen, unternehmensgebundenen Vertreter zu binden, solange die Gewerkschaften in ihrer Widerstandsmöglichkeit geschwächt ist.

Ob allerdings der Boykottaufruf von Lula das letzte Wort der kämpferischen 'autênticos' ist, bleibt abzuwarten: Vielleicht halten sie es doch noch eines Versuchs wert, die neuen Belegschaftsvertretungen mehrheitlich zur eigenen gewerkschaftlichen Position hinüberzuziehen. Schon einmal, ganz zu Beginn der Militärregierung von 1964, wurden solche parallelen Gewerkschaften von oben gegründet, deren Mitglieder dann jedoch z.T. zu echten Vertretern ihrer Basis wurden und u.a. 1968 im Vorort Osasco den letzten großen Streik vor der Verhärtung der Diktatur anführten.

Quellen: Folha de São Paulo, Istoé, Movimento, Em Tempo, Süddeutsche Zeitung, Werbe-Material von VW, Jahrbuch 'Lateinamerika-Analysen und Berichte" Bde. 2-4, eigene Recherchen.



MEXIKO

Multis überfluten das Land

Auf der Hochebene von Ottay, fast an der Grenze Mexiko-USA, erhebt sich die Industriestadt Nueva Tijuana, Standort der neuen internationalen Unternehmen dieser Gegend, ein neues Zentrum einer Industrie, die von der mexikanischen Regierung seit 1965 gefördert wird und die das Grenzgebiet durch den zunehmenden Aufbau von ausländischer Montagewerken transnationalisiert hat. Elektronische Produkte, Textilien, Spielzeug, Möbel, elektronisches Gerät und vieles mehr wird von fast 540 Betrieben an der Grenze produziert, die wie RCA, Rockwell International, Sony, Mattel, Matsushita, Gulf, Panasonic, Litton, Levis, McDonnell Douglas, Texas Instruments, General Electric, Bendix, Motorola, Zenith oder Hughes Aircraft, um nur einige zu nennen, nach Mexiko gekommen sind, um vor den Umweltschutzgesetzen, Gewerkschaften, Kosten und Lohnniveaus ihrer Länder Zuflucht zu finden.

Im Juni 1980 beschäftigten die 'Maquiladoras'(so nennen die Mexikaner diese ausländischen Betriebe, die in diesem Artikel näher charakterisiert werden) an der Grenze zu den USA - wo sich 87 % der 'Maquiladoras' des Landes konzentrieren - über 105.000 Menschen. Auch wenn der Wert der mexikanischen Arbeitskraft im Weltmaßstab ein mittleres Niveau einnimmt, so ist doch die Nähe zu den USA - dem Ursprungsland des meisten Kapitals und Hauptabsatzgebiet der meisten Produkte - von Vorteil, da dadurch die Transportkosten minimiert werden. Diese Unternehmen sparen allein an Löhnen durch ihren Umzug nach Mexiko US $ 261.450 in der Stunde. Darüber hinaus genießen sie eine Vielzahl an Steuerpräferenzen, die die mexikanische Regierung erlassen hat, um die ausländischen Investitionen zu fördern.

Das ganze begann, als Präsident Gustavo Díaz Ordaz am 1.9.1965 das "Programm für die Industrialisierung der Grenzgebebiete (Programa de Industrializacion Fronteriza = PIF) erlies. Das PIF sollte die hohe Anzahl von Arbeitsimmigranten in die USA, die "Braceros", auffangen, die in dieser Region ein Arbeitslosenheer von 40 - 50 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung ausmachten. Es hat sich allerdings gezeigt, daß dieser Industrialisierungsprozeß die Beschäftigungsprobleme nicht verringert hat, da vorwiegend Arbeitskräfte absorbiert wurden, die nicht im engeren Sinne zur ökonomisch aktiven Bevölkerung gezählt werden: die Frauen.

Von Anfang an stieß das PIF bei den ausländischen Investoren auf Interesse. Bedeutung erlangte das Programm nach einer kurzen Anlaufzeit im Jahre 1968, als bereits 109 Betriebe mit 9.000 Beschäftigten die Arbeit aufgenommen hatten. 1967 waren es noch 72, 1969 dann 147, 273 im Jahre 1972, 426 im Jahre 1973 und 665 im Jahre 1974, dem Jahr mit den höchsten Zuwachsraten. Vor 11 Jahren wurden in Ciudad Juarez 250 Arbeiter gezählt - heute beschäftigt allein RCA dort 9.000 Menschen.

In den letzten drei Jahren haben die 'Maquiladoras' eine bedeutende Wachstumsdynamik an den Tag gelegt: von 1977 bis 1979 nahm die Zahl der Betriebe um 33 % zu, um im Dezember 1979 insgesamt 593 zu zählen; die Beschäftigtenzahl war um 52 % auf 121.126 Personen gestieger; die Importe von Produktionsmitteln erreichte den

Wert von 36 Milliarden Pesos (ca. 3 Milliarden DM), einem Zuwachs von 98 %; der Umsatz stieg um 100 % auf fast 50 Milliarden Pesos (4 Milliarden DM).

Im Gegensatz zu den allgemeinen mexikanischen Bestimmungen über ausländische Investitionen (die ein Maximum von 49 % ausländischen Kapitals in Betrieben zulassen) ermöglicht das PIF, daß die 'Maquiladoras' sich zu 100 % aus ausländischem Kapital zusammensetzen. Außerdem sind alle Versuche der mexikanischen Regierung, diese Betriebe stärker zu besteuern, von den 'Maquiladoras' über die Amerikanische Handelskammer in Mexiko verhindert worden. So hat das mexikanische Wirtschaftsministerium 1973 eine vierprozentige Besteuerung der Importe dieser Firmen erlassen. Die nordamerikanischen Unternehmen bestritten die Legalität dieser Steuer und gewannen vor dem Obersten Gerichtshof in Mexiko.

Ein Grund für das Interesse der Nordamerikaner an diesen Investitionen in Mexiko liegt, wie sie selber eingestehen, in der politischen Stabilität des Landes. Außerdem ergeben sich Standortvorteile durch die kurzen Entfernungen zu wichtigen US-Städten. Die Hauptursache sind jedoch die Kosten, vor allem die niedrigen Lohnkosten. Motorola (Elektronik) zum Beispiel, verlagerte ihre Produktion von Phoenix, Arizona nach Nogales, Sonora und senkte die jährlichen Lohnkosten je Arbeiter von US $ 5.350 auf 1.060 ! Nach einer Studie von General Electric sparte dieses Unternehmen in ihrem Betrieb in Ciudad Juárez im Jahre 1972 zwischen 4 und 5 Tausend Dollar je Arbeiter und Jahr, 1978 waren es bereits 10 bis 12 Tausend und für 1983 wird mit Einsparungen zwischen 15 und 17 Tausend Dollar gerechnet. RCA hat für 1977 eine ähnliche Einsparung angegeben.

Das "Programm für die Industrialisierung der Grenzgebiete" hat seine wichtigsten Ziele nicht erreicht: Arbeitsplätze für die Mexikaner zu schaffen, die nach Ablauf des "Programa Bracero" aus den USA abgeschoben worden waren; allgemein die Arbeitslosigkeit in der Region zu senken und den Lebensstandard anzuheben. Statt dessen wurde eine große Anzahl von Frauen als Arbeitskräfte eingestellt - etwa 85 % der Beschäftigten in den 'Maquiladoras' sind Frauen -, so daß unter den Männern die Arbeitslosigkeit bis zu 30 % höher als in anderen Regionen des Landes ist. Die Gewerkschaften sind in dieser Region schwach, teilweise handlungsunfähig bzw. sie beugen sich den Interessen der Unternehmen.

Zwischen 1969 und 1978 kamen 1056 Beschwerden von Arbeiter/-innen aus den 'Maquiladoras' vor das Arbeitsgericht, 97 % davon wegen unrechtmäßiger Kündigung. Lediglich in 3 Fällen wurden die Arbeiter/-innen wieder eingestelltund in 43 Fällen wurde ein Schiedsspruch erlassen, 51 mal wurde den Unternehmen Recht gegeben. Der Rest der Fälle kam garnicht zur Verhandlung.

Unter dem Vorwand der Auswirkungen der Rezession und der internationalen Wirtschaftskrise schrecken die 'Maquiladoras' nicht vor Massenentlassungen zurück, wie etwa 1974-75, als 30 Tausend Mexikaner entlassen wurden. Die meisten Firmen haben Abmachungen mit ihren Stammhäusern getroffen, um über die Arbeitskräfte frei verfügen zu können, wie etwa General Instruments, die vertraglich festgelegt haben:"Wenn das Stammhaus sich außerstande sieht, Rohmaterial an die Tochterfirma zu entsenden, so muß diese eine entsprechende Anzahl von Produktionslinien stillegen, bis die Versorgung mit Komponenten wieder einsetzt."

Das Ergebnis dieser Vorgehensweise ist die Perfidie, "wirtschaftliche Schwierigkeiten" zu bestimmen, mit denen die 'Maquiladoras'

einen Vorwand für den zeitweiligen oder vollständigen Ausschluß der Arbeiter/-innen haben. Zwischen September und Dezember 1974 haben 14 'Maquiladoras' in Ciudad Juarez dieses Mittel angewandt und 25 - 50 % des Personals entlassen. Die Firmen waren RCA, Centralab, Sylvania, Admiral umd Ampex, alles Tochterfirmen der größten multinationalen Elektronikunternehmen.

Mit den gewievten Mitteln modernen Managements wird die Arbeit organisiert, gefragt ist ganz besonders die "weibliche Sensibilität" am Arbeitsplatz: bis 1977 waren 71,8 % der Arbeitskräfte in den Elektronikwerken weiblich, in der Schuh- und Textilindustrie waren es 75,4 %, 51,1 % in der Lebensmittelbranche. Im Maschinenbau sind noch 19,3 % Frauen zu finden, während die Möbelindustrie nur 2,7 % weibliche Arbeitskräfte beschäftigt.

Die Frauen in den Betrieben sitzen in langen Reihen nebeneinander, ausgerüstet mit Lupen und Pinzetten und stecken Kabel in gedruckte Schaltungen oder setzen Geräte zusammen, insgesamt eine monotone Routinearbeit. Genauigkeit ist gefragt, und deshalb werden sie vorgezogen. "Die Männer sind aphatischer und nicht so geschickt wie die Frauen", meinte ein Manager von 'Bournes de Mexico' mit Sitz in Tijuana.

85 % der 105.000 Beschäftigten in den 'Maquiladoras' sind Frauen. Das Alter von 80 % dieser Frauen liegt zwischen 17 und 25 Jahren. Die Frauen in der Elektronikindustrie - dem wichtigsten Produktionszweig - sind maximal 21 Jahre alt, während im zweitwichtigsten Bereich, der Textilindustrie, Frauen bis zum 30. Lebensjahr beschäftigt werden. Etwa 2/3 der Frauen sind verheiratet und 1/3 haben Kinder.

Die Proletarisierung der Frauen wirkt sich allerdings nicht unbedingt emanzipatorisch für sie aus. Guillermina Villalba, Direktorin des 'Centro de Organizacion para la Mujer Obrera'(COMO) meint, daß "die Frau in den 'Maquiladoras' nicht an den Entscheidungen beteiligt wird, weder zuhause noch im Betrieb. Sie ist der wichtigste Lohnempfänger in ihrer Familie und hat dadurch mehr Verantwortung, ohne jedoch an Einfluß zu gewinnen. Es gibt Hinweise darauf, daß die Männer immer abhängiger von ihren arbeitenden Frauen werden. Die Frauen übernehmen zwar die wirtschaftliche Rolle des Mannes, aber die Männer übernehmen nicht die Tätigkeiten, die traditionell den Frauen vorbehalten waren." In Ciudad Juarez beispielsweise sind die Frauen beruflich aktiver als die Männer,und die Anzahl der männlichen Arbeitslosen und Drogenabhängigen nimmt zu.

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit sind für manche Fließbandarbeiten kaum Männer zu gewinnen. "Die arbeiten hier einen halben Tag und drehen durch" meinte ein Manager,"wenn ich 100 Männer brauche, bekomme ich gerade fünf." Daß Frauen diese Arbeitsplätze einnehmen, dürfte nicht nur an ihrer "weiblichen Sensibilität" liegen. Wenn auch der gesetzliche Mindestlohn für Frauen und Männer in Mexiko gleich ist, so gibt es sehr wohl eine Lohndifferenzierung zwischen den Geschlechtern. Die internationalen Produktionszonen sind Freiräume, in denen Arbeitsbedingungen und Löhne beliebig festgelegt werden können.

Die durchschnittliche Verweildauer der Arbeiterinnen in den Betrieben beträgt 16 Jahre. Frauen, die Ende 20 sind, haben kaum noch eine Chance, eingestellt zu werden. Bei Frauen über 25 Jahren treten die Folgen der Ausbeutung wie toxische und nervöse Belastungen verstärkt auf. "Es gibt Vergiftungserscheinungen in den Fabriken, Tumore, die von der Sozialversicherung nicht als Be-

rufskrankheit angesehen werden, plötzliche Schwangerschaftsunterbrechungen durch das Einatmen von giftigen Gasen, da oft die Absauganlagen dieser Betriebe, in denen statt der ursprünglich vorgesehenen 300 Arbeiter heute Tausend arbeiten, überlastet ist", bemerkt Frau Villalba.

Im Februar dieses Jahres sind 30 Frauen in der Fabrik von Banda Grande ohne erkennbare Ursache ohnmächtig geworden. Die Sozialversicherung hatte schnell eine Erklärung: kollektive Hysterie. Tatsächlich arbeiteten die Frauen an einem neuen, unerprobten Material, das schädliche Dämpfe emittierte. Auch für die äußere Emission von Giften und den Verbleib von gefährlichen Abfällen gibt es in Mexiko kaum Kontrollmechanismen, und die existierenden sind durch Korruption ineffektiv. Sehr viel geringer noch sind die Überwachungsmöglichkeiten bei den 'Freien Produktionszonen', "da wandert der Dreck einfach in den Fluß".

Die Lohndifferenz zu den USA ist erheblich. Richard Bolin, Leiter des Flagstaff Institutes in Phoenix und Teilhaber der Consulting-Firma Athur D. Little, die der Regierung Diaz Ordaz "geholfen" hat, das PIF in Gang zu setzen, stellte fest, daß das US-Durchnittseinkommen bei US $ 3.89 und das mexikanische bei 1.40 liegt. Das heißt, daß je Arbeiter und Stunde $ 2.59 eingespart werden. Ein zusätzlicher Vorteil für die 'Maquiladoras' war die Abwertung des mexikanischen Peso im Jahre 1976. In der Electronica Baja California wurde vor der Abwertung US $ 8 (100 Pesos) und danach 100 Pesos (US $ 4.-) bezahlt. Auch andere Firmen haben vor der Abwertung in US-Dollar, danach jedoch in mexikanischen Pesos bezahlt und dadurch enorme Einsparungen erzielen können.

Weitere Lohneinsparungen ergeben sich aus der großen Nachfrage der industriellen Reservearmee nach Arbeitsplätzen:"Der Konkurrenzkampf findet nicht zwischen den Unternehmen, sondern zwischen den Arbeitern um die Arbeitsplätze statt." Die Gewerkschaften sind in dieser Situation schwach, und sie zehren ihre Kräfte in internen Flügelkämpfen auf.

Trotz alledem sind die Löhne für mexikanische Verhältnisse immer noch sehr hoch, und das zieht Arbeitskräfte aus dem ganzen Lande an. Tijuana ist von 1950 bis 1980 von 62.000 auf 566.000 Einwohner gewachsen; Ciudad Juarez von 126.000 auf 667.000; Nuevo Laredo von 58.000 auf 238.000. 70 % der Beschäftigten in den 'Maquiladoras' sind Arbeitsimmigranten. Für viele ist das Grenzgebiet zu einer Station auf dem Wege in die USA geworden.

Der Wettstreit der Städte im nördlichen Grenzgebiet um neue Investoren läuft auf Hochtouren. Schon gibt es Anzeichen für die Eröffnung neuer Industrieparks und die Erweiterung der bestehenden. Die 'Maquiladoras' werden als neue Beschäftigungspole betrachtet, und deshalb wird seit 1972 das PIF dahingehend verändert, daß die Unternehmen mehr mexikanische Rohstoffe einkaufen und sie ihre Aktivitäten in das Landesinnere diversifizieren mögen. Auch die Regierung der USA hat der 'Maquiladora'-Industrie Bundeshilfen zugesagt, und sie betrachtet diese Tendenz als ein mögliches Kontrollinstrument für die 'Indocumentados', die illegalen Einwanderer. Aus diesem Grund soll "die Industrie der USA animiert werden, ihre Betriebe in Mexiko nicht an der Grenze, sondern im Landesinneren anzusiedeln, wo massive Arbeitslosigkeit herrscht."

1977 hatte die mexikanische Regierung erklärt, daß die nordamerikanischen Automobilfirmen nur dann im Lande produzieren dürften, wenn die Produkte vollständig in Mexiko hergestellt würden. Da-

durch wurde die Verlagerung dieser Betriebe in das Landesinnere gefördert. General Motors und Chrysler begannen von Ciudad Juarez nach Saltillo (bei Monterrey) umzuziehen, und IBM baut eine 10-Millionen-Dollar-Anlage in Guadalajara.

Guadalajara, Chihuahua, Cuernavaca, Zacatecas, Monterrey, Saltillo und der Großraum von Mexiko-Stadt sind die wesentlichen Zielorte der Kapitalwanderungen. Bis zur Jahresmitte 1980 befanden sich bereits 80 von den insgesamt 620 'Maquiladoras' im Landesinneren. Die Dezentralisierung der 'Maquiladora'-Industrie schreitet voran: Burroughs, General Instruments und Motorola sind bereits nach Guadalajara umgezogen; Acapulco Fashion ist von Nuevo Laredo nach Zacatecas übergesiedelt; Tracor wanderte von Piedras Negras nach Cuernavaca; Fairchild Camera geht in die Stadt Mexiko.

Durch diese Wanderungstendenzen der 'Maquiladoras' in das Landesinnere wird die bisherige Regelung der ausländischen Maximalbeteiligung von 49 % an Betrieben unterlaufen, viele der wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften zur Eindämmung ausländischen Unternehmertums werden hiermit wirkungslos. Die 'Freien Produktionszonen', diese ursprünglich als Ausnahmeregelung konzipierten Freiräume für das ausländische Kapital, sind nun auf dem besten Wege, sich als Regelfall in Mexiko breitzumachen.

"Natürlich ist der Grund für den Umzug in das Landesinnere abhängig von den Löhnen - schließlich bezahlen wir dort 33 % weniger als an der Grenze", sagte der Manager von Tracor Richard Van Fleet in einem Interview mit dem NACLA (North American Congress on Latin America), "und ich muß sagen, daß diese Mädchen in Morelos, die nicht wußten, was eine Fabrik ist, die noch nie eine Fabrik von innen gesehen haben, eine wunderbare Arbeit leisten... sie haben sich noch keine schlechten Gewohnheiten angeeignet. Ihr wißt ja, etwas Ausbildung ist manchmal gefährlich."

Dieser Beitrag ist eine leicht veränderte Übersetzung einer Serie aus der mexikanischen Tageszeitung 'uno mas uno' vom 25. bis 28. September 1980.

Buko IV beschließt Pharmakampagne

Vom 31. 10 - 2.11. traf sich in Hamburg zum 4. Mal der BUKO, der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, ein Zusammenschluß von etwa 300 Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet, die im Dritte-Welt-Bereich arbeiten. Der BUKO trifft sich einmal jährlich zur Mitgliederversammlung, dazwischen trägt ein siebenköpfiger Koordinationsausschuß die Arbeit, vor allem Büroarbeit, beantwortet Anfragen von Gruppen und führt Seminare durch(z.B. Frauen in der Dritten Welt, Ausländer in der BRD, Abkopplung etc.). Der BUKO finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Geldern von ABP (Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und Publizistik) und BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit). Monatlich erscheint ein Rundbrief (forum), in dem Gruppen Artikel veröffentlichen und Termine bekanntgeben.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Jahrestagung stand die Diskussion um eine gemeinsame Kampagne möglichst vieler Gruppen des BUKO. Der Koordinationsausschuß (KA) schlug eine Kampagne gegen die Pharmamultis vor. Ein vorläufiges Konzept war schon im September in Bielefeld auf einer Vorbereitungssitzung erarbeitet worden, an der verschiedene interessierte Gruppen teilgenommen hatten. Während der Diskussionen auf dem BUKO erklärten sich ca. 20 Gruppen für eine aktive Teilnahme an der Pharmakampagne, andere Gruppen wollen die Kampagne durch Bereitstellen von Informationen unterstützen.

Die Pharmaindustrie ist einer der Hauptverantwortlichen dafür,daß die Medizinsysteme in den Ländern der 3. Welt den Bedürfnissen der Masse der Bevölkerung nicht gerecht werden. Dasselbe gilt auch für u unser Land. Hier wie dort werden Arzneimittel zu überhöhten Preisen verkauft, hier wie dort werden schädliche und unwirksame Medikamente verkauft. Hier wie dort ist das ganze Medizinsystem auf Pharmakotherapie ausgerichtet. Daher erscheint uns die Pharmaindustrie als ein Ansatzpunkt, wo die 3.Welt-Arbeit von unseren eigenen Interessen ausgeht. Wir wollen nicht von hier aus selbstlos für die 3. Welt arbeiten, sondern die Strukturen unserer eigenen Gesellschaft zum Tanzen bringen.

Gruppen, Bewegungen und Einzelpersonen die noch mitarbeiten möchten, sind herzlich willkommen.

Adresse des BUKO: Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50

Verantwortlich für die Koordination der Pharmakampagne sind:
Multigruppe , Nernstweg 32-34, 2 HH 50
AG Gesundheit in der 3. Welt, c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12.

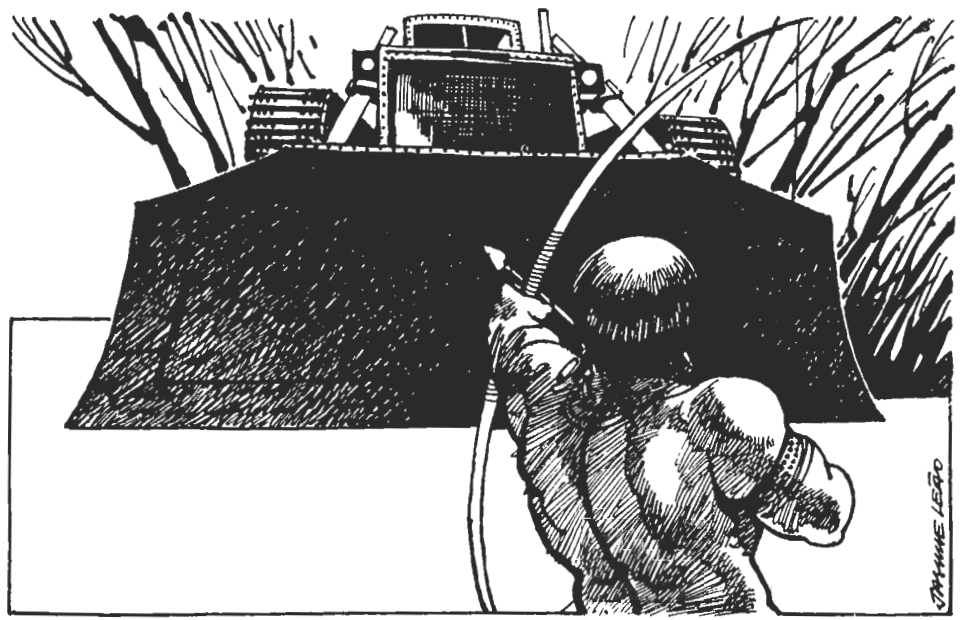
AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG DES IV. RUSSELL-TRIBUNALS ÜBER DIE RECHTE DER INDIANER NORD-, MITTEL- UND SÜDAMERIKAS

24. - 30. NOV. 1980 IN ROTTERDAM

Am 21.2.1980 wurde der Beschluß der Russel-Peace-Foundation veröffentlicht, daß sich das IV Russeltribunal mit den Rechten der indianischen Völker Nord- und Südamerikas befassen wird. Diese Organisation unterstützt im internationalen Rahmen den Kampf gegen Krieg und Wettrüsten und gegen Unrecht, das Einzelnen oder ganzen Völkern angetan wird. Sie tut dies durch Öffentlichkeitskampagnen, durch Informationen mittels Büchern und durch Tribunale. Die Tribunale sollen öffentlich die Situation der Menschenrechte auf der Grundlage von entsprechenden Verträgen, Konventionen und Gesetzgebungen analysieren und zu Vorschlägen kommen, wie eventuelle Verletzungen dieser Rechte abgestellt werden können.
Nähere Angaben sind der Zeitschrift POGROM Nr. 74/75 , Juli/august 1980 zu entnehmen. Interessenten können sich auch direkt an die Kontaktadressen wenden:

Work Group Indian Project
P.O.Box 51.322
1007EH Amsterdam, Niederlande
Tel. 020 - 766242 / 020 - 235984

Kontaktadresse in Deutschland:
Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 159
3400 Göttingen



Rezension: Befreiung zur Gesundheit

Der Kampf der Völker der Dritten Welt gegen Krankheit und Unterdrückung: Grenzen und Perspektiven der Gesundheitsarbeit

"Die internationale Solidaritätsbewegung soll ihre Kraft auf den entscheidenden Punkt bezüglich der Parole 'Gesundheit für alle' richten: die sozialen und politischen Menschenrechte müssen zurückgewonnen werden." (Carlos Concha, Gesundheitsminister der UP Chile)

Dies ist der Grundtenor des 2. Bandes der Dokumentation des 'Gesundheitstages', der im Mai 80 in Berlin als Gegenveranstaltung zum Ärztetag stattfand.

Das Buch gliedert sich in vier Blöcke: 1. Berichte über Länder der 3. Welt unter dem Aspekt der Gesundheitssituation,2. Artikel zu Praktiken der Pharmamultis in Ländern der 3. Welt, 3. Aufsätze zur personellen 'Entwicklungs'hilfe und 4. Perspektiven der Solidaritätsarbeit.

Der erste Block umfaßt Berichte, Analysen und Interviews zu Kolumbien, Kuba, Nicaragua, Chile,Tanzania, Kapverden, Vietnam und China. Ausgehend von den konkreten Lebensbedingungen in einem Elendsviertel Bogotás wird Krankheit als der individuelle oder auch kollektive Ausdruck des Widerspruchs zwischen der Gewalt des Kapitals und dem Bedürfnis des Menschen nach Leben definiert. Nicht die fehlende medizinische Versorgung ist verantwortlich für die katastrophale Gesundheitssituation ,sondern die gesamte Produktionsstruktur eines abhängigen kapitalistischen Landes. Präventivmedizin setzt nicht an den hygienischen Verhältnissen wie der fehlenden Wasserver- und entsorgung an, sondern an den sozio-ökonomischen Strukturen und Machtverhältnissen. Die Analyse der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ursachen von Krankheit macht deutlich, daß das Bedürfnis nach Gesundheit als letztendlich antikapitalistisches Interesse nur im Rahmen eines Befreiungskampfes und ständigen Prozesses der politischen Bewußtseinsbildung befriedigt werden kann. Dementsprechend hängt das Gesundheitsniveau davon ab, inwieweit sich die Interessen des Kapitals durchsetzen können bzw. die Betroffenen eigene Strukturen der Interessenvertretung entwickeln.- Wie sich eine Gesundheitsversorgung herausbildet, die wirklich von der Bevölkerung und ihren Bedürfnissen ausgeht, macht das Beispiel Vietnam deutlich, wo die Unabhängigkeitskriege selbst die Struktur der medizinischen Versorgung prägten und das Konzept einer Kombination von traditioneller östlicher und moderner westlicher Medizin nicht in den Köpfen von Planern, sondern aus den Notwendigkeiten des alltäglichen Lebens entstand und umgesetzt wurde. - Diese Art von Versorgung, die von der Bevölkerung selbst getragen und entwickelt wird, reicht allerdings nicht aus zur Versorgung aller Krankheiten. Wie sich die medizinische Forschung und Struktur der Gesundheitsversorgung ändern, wenn nach dem Sieg der Befreiungsbewegungen die gröbsten Mißstände beseitigt wurden und das Krankheitsbild nicht mehr in erster Linie durch die 'Krankheiten der Armut' geprägt war, zeigen die Beispiele China und Kuba, die zwar völlig unterschiedliche Gesundheitssysteme haben, aber wo sich in beiden Fällen das Verhältnis von Massenbeteiligung und Selbstverwaltung zu Spezialisierung, Hierarchisierung und Professionalisierung im Laufe der Jahre änderte. Daß dies Verhältnis nicht nur durch das objektive Krankheitsbild und die Erfordernisse der Behandlungsschemata bedingt ist, zeigen die politischen Auseinandersetzungen verschiedener Parteifraktionen um die Gesundheitsversorgung in China. - Anhand der Beispiele Tanzania, Kapverden und Nicaragua werden verschiedene Aspekte und Schwierigkeiten bei der konkreten Umsetzung einer bedürfnisorientierten, dezentralen Versorgung in Ländern, die sich sozialistisch verstehen, dargestellt. - Die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Chile unter der Militärjunta drückt sich besonders am Gesundheitszustand der Kinder aus:die physischen und psychischen Belastungen, die Krankheiten verursachen,werden aufgezeigt,und ein Projekt der Selbsthilfe wird vorgestellt.
Ein längerer Artikel untersucht die Strategie der Basisgesundheitsversorgung der Weltbank auf ihre politischen und ökonomischen Interessen und ihre Durchsetzbarkeit in abhängigen kapitalistischen Ländern.

In dem zweiten Block, Pharmamultis, wird die ökonomische Seite der Pharmaindustrie beleuchtet und verschiedenen Strategien und Gegenstrategien werden dargestellt. Die Arzneimittelinformation als wesentlicher Hebel der Marketingpolitik der Pharmamultis bietet einen Ansatz für Gegenmaßnahmen. Ein weiterer Artikel untersucht die Auswirkungen und Folgen der Absatzpolitik der Multis für das Gesundheitswesen in Ländern der Dritten Welt.Ein anderer Aufsatz diskutiert Möglichkeiten einer eigenen nationalen Pharmaproduktion anhand von Beispielen aus Nicaragua und den Kapverden.

Der dritte Block 'Wenn man mir erlaubt zu spritzen...' untersucht die Problematik personeller 'Entwicklungs'hilfe und bietet eine Reihe von Argumenten gegen die Abwanderung von Medizinern in Länder der 3. Welt. Sowohl die Motivation als auch gerade die schädlichen Auswirkungen auf "die solchermaßen von uns beglückten Gesellschaften" werden kritisch hinterfragt. Dabei geht es weniger um Fragen der Hautfarbe, kulturellen Hintergrund und Anpassungsschwierigkeiten, als um die Problematik, durch seine Ausbildung, durch seine Qualifikation bzw. Disqualifikation Vorreiter bundesdeutschen Kapitals zu sein, selbst wenn man sich noch so solidarisch und revolutionär fühlt.

Der vierte Block über die Perspektiven der Solidaritätsarbeit schildert die Erfahrungen der Amilcar-Cabral-Gesellschaft und von Medico International.Das Fazit beider Organisationen lautet:wir sind weder europäische Außenposten der dortigen Befreiungsbewegungen noch alternative Almosenspender, sondern unsere eigenen Interessen müssen unsere Politik bestimmen. Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung muß sich die Veränderung der hiesigen Strukturen zum Ziel setzen, denn wir als Bundesbürger gehören einem Staat an, der als Mitglied der NATO und aufgrund eigener Kapitalinteressen zur Verelendung und brutalen Unterdrückung der breiten Massen in Ländern der der 3. Welt beiträgt. Wir müssen uns hier an unserem Arbeitsplatz und an unserem Wohnort organisieren, um hier Politisierungsprozesse voranzutreiben und uns die Illusion abschminken, die Dritte Welt heilen zu können.

Die Dokumentation wird ab Ende November erhältlich sein.
Ca. 210 Seiten. Bestellungen an: Med. Informations- und Kommunikationszentrum Gesundheitsladen e.V.
Gneisenaustr.2 ; 1000 Berlin 61; Tel: 693 20 90 (030)

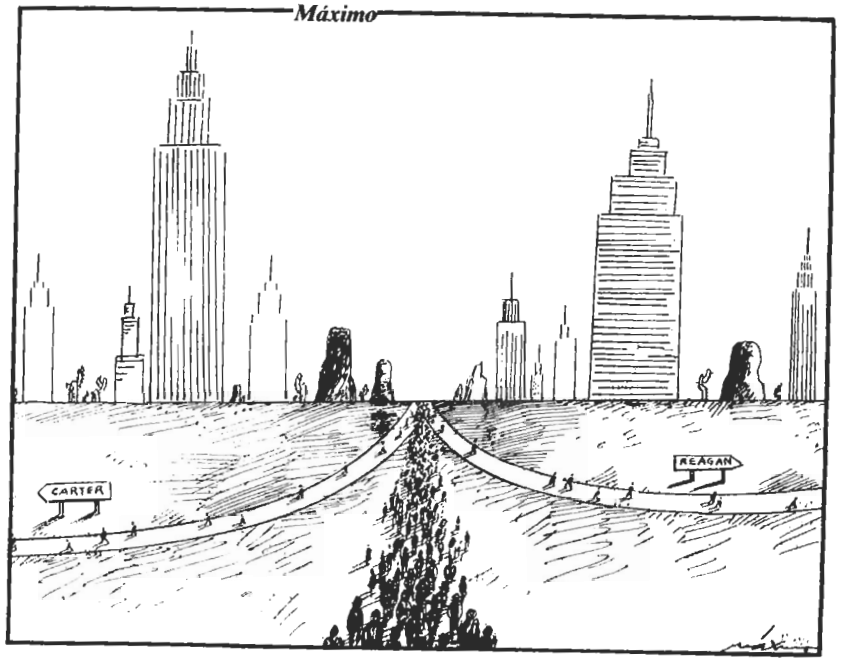
Die gesamte Reihe besteht aus 7 Bänden , der 1. Band über MEDIZIN UND NATIONALSOZIALISMUS erscheint Mitte November (ca. 260 seiten). Bd.III: UNSERE TÄGLICHE GESUNDHEIT (Industriegesellschaft und Krankheit) Bd.IV: BANKROTT DER GESUNDHEITSINDUSTRIE (Analyse des Gesundheitssystems der BRD);Bd.V: SELBSTBESTIMMUNG IN DER OFFENSIVE (Frauenbewegung, Selbsthilfe und Patientenrechte); Bd.VI: VERSUCHE GEGEN DIE HILFLOSIGKEIT (Ansätze alternativer Gesundheitsversorgung) Bd.VII: REBELLION GEGEN DAS VALIUMZEITALTER (oppositionelle Gesundheitsbewegung: Widersprüche, Ziele und Konzepte)

cänyon

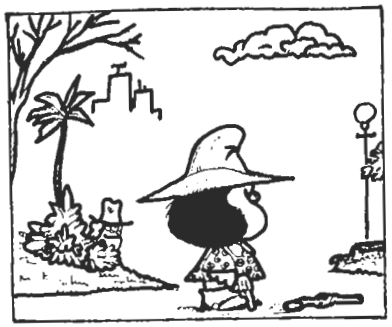
Liebe Freunde,
selten in der Geschichte hat unser Herrgott so deutliche Zeichen gesetzt: denn wie anders sollte man den Kälteeinbruch der ersten Novembertage verstehen (die Meteorologen setzen sonst erst Mitte Dezember die ersten Eistage an) - als im Zusammenhang mit der Wahl des ersten Wildwesthelden Holliwutts zum Präsidenten der Vereinigten Staaten.
Mrs. Reagan hat - wie dpa gestern meldete- schon die alten Colts geputzt.
Die Wahlmänner Dixons haben den Nachkommen seines alten Filmhengstes "Fury" aufgespürt und gesattelt.
Der erste Ritt gilt dem Canyon von Hormuz, an der er die Banditenbande um Mullah Commy ausheben will. Wir wünschen jedenfalls einen letzten Schneesturm, wie einst in Alaska, weißt du noch, Ronald...?

Mit solidarischen Grüßen

Euer Ariel
(ein Leser der LN)



①



Wir freuen uns, daß schon so viele Leute die Sondernummer Colonia Dignidad bezahlt haben und daß viele Leute das sogar zum Anlaß nahmen, gleichzeitig für Chile zu spenden.

Diejenigen, die noch nicht den versprochenen Brief von uns bekommen haben (man erinnere sich an die letzte Nummer: "Abo-Umstellungs-Aufräumungs-Aktion") sollen nicht enttäuscht sein. Der Brief kommt BALD!!

Am 10.10. 80 wurden in Hanau 50,-DM (die 35,- war durchgestrichen) mit dem Vermerk "Abo 80" an uns überwiesen. Leider fehlt der Absender.

②

Wer umzieht, und das tun im Moment offenbar viele, sollte uns das unbedingt rechtzeitig mitteilen. Büchersendungen werden von der Post nicht nachgesandt. Wir können für verlorene oder zurückgekommene Nummern keinen Ersatz leisten.

③